

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Höfstraße 18a part.
Telephonnr. Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark,
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **555 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Männer.

IV. (Schluß.)

Besonderes Interesse bietet die Beurteilung der Wirkungen der Nachtarbeit auf die Arbeiter durch die Fabrikinspektoren und die Arbeiter selbst. So stellt der Oppolner Bericht fest, daß im allgemeinen die Nachtarbeit unbeliebt ist. „Der Unternehmer klagt über die geringeren Leistungen der Arbeiter während der Nachtzeit, dem Arbeiter kann die Ruhe im hellen Tage mit seinem Geräusch innerhalb und außerhalb des Hauses die Nachtruhe nicht ersetzen. Aus allen diesen Gründen wird die Nachtarbeit in gewerblichen Betrieben auf das notwendigste Mindestmaß beschränkt.“ Weiter ist gerade im Oppolner Aufsichtsbereich die Nachtarbeit aus betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründen in ausgedehntem Maße üblich, so namentlich in den Hochöfenwerken und Kalkereien, Stahl-, Puddel-, Walz- und Hammerwerken, Blei- und Zinkhütten, Zinnwalzwerken u. s. w. In den meisten Betrieben besteht die Zweifelhündigkeit, „bereinzelt“ der dreifünftägigen Betrieb mit achtfünftägiger Arbeitszeit. In dieser Weise arbeiten die Arbeiter und Aufseher zweier Hochöfenanlagen, der größte Teil der Belegschaft der Eisenblechwalzwerke und verschiedene andere kleinere Arbeitergruppen. Der Arbeitsbeginn der dreifünftägigen Betriebe erfolgt um 6 Uhr morgens, 2 Uhr mittags und 10 Uhr abends.

Der Erfurter Berichterstatter konstatiert kurz: „Daß die regelmäßige Nachtarbeit der Gesundheit der Männer nicht zuträglich ist, unterliegt keinem Zweifel.“ Im Vöner Bericht wird gesagt, daß „man“ im allgemeinen bestrebt ist, die regelmäßige Nachtarbeit so weit zu beschränken, wie es wirtschaftlich möglich ist. Ihre Beseitigung wird von den Arbeitern in der Regel mit Freuden begrüßt.“

Die Schäden der Nachtarbeit, führt der Kölner Bericht aus, liegen für die Arbeiter in der fehlenden Nachtruhe, die durch die Tagesruhe, namentlich bei engen Wohnungsverhältnissen, nur unvollkommen ersetzt werden kann und in einer recht erheblichen Störung des Familienlebens. Sie sind die Ursachen des großen Arbeiterwechsels, über den namentlich die Werke zu klagen haben, die in der Nähe großer Städte mit ihrer Fülle von Arbeitsgelegenheit liegen. „Verstärken müssen sich die schädlichen Wirkungen bei der reinen Nachtarbeit, wie sie sich namentlich in den Bädereien zeigt. Die hier zutage tretenden Verstärkungen auf Einschränkung des Nachtbetriebs verdienen volle Unterstützung, zumal da nur Gewohnheiten des Publikums, aber keinerlei wirtschaftliche Rücksichten der Nachtarbeit zugrunde liegen.“ In den größeren Städten sind Bäder zum Zweifelhündigenbetrieb übergegangen. Wenn aus dem gleichen Aufsichtsbereich gleichzeitig berichtet wird, daß im Gegensatz dazu die Zertifikatsarbeiter in Gummernbach sich zu den letzten Jahren eingeführten regelmäßigen Nachtarbeit in den Spinnereien, die dafür keinerlei betriebstechnische Gründe, sondern nur solche wirtschaftlicher Natur geltend machen können, „drängen“, weil sie auf diese Weise Zeit gewinnen, sich am Tage einige Stunden ihrer Nebenwirtschaft zu widmen, so möchte man fast von proletarischer Entartung reden. Zeit für ihren landwirtschaftlichen Nebenbetrieb hätten sie sich durch gewerkschaftliche Organisation und Ertragung kürzerer Arbeitszeit in der Fabrik verschaffen sollen. Ferner mußte in demselben Kölner Bezirk die ständige Heranziehung von Arbeitern unter 18 Jahren zur Nachtarbeit mit Rücksicht auf ihre Gesundheit und Sittlichkeit als unzulässig bezeichnet werden.

Im Hildesheimer Bericht wird ausgeführt, daß als Folge der Nachtarbeit Gesundheitschädigungen, abgesehen von den bekannten Nachteilen, denen jeder bei ständiger Entbehrung der Nachtruhe ausgesetzt ist, nicht beobachtet wurden. Eine etwas seltsame Feststellung von einem Fabrikinspektor. Man sollte meinen, daß die „bekannten Nachteile der ständigen Entbehrung der Nachtruhe“ in reichlichem Maße genügen sollten, gegen die industrielle Nachtarbeit Front zu machen, insofern sie nicht wirklich aus betriebstechnischen Gründen unvermeidbar ist. Sodann bietet der Hildesheimer Berichterstatter ein Seitenstück zu den Gummernbacher Zertifikatsarbeitern, indem er mitteilt, daß die Arbeiter in Betrieben, wo die Nachtschichten wöchentlich mit Tagsschichten wechselten, der Nachtarbeit nicht ablehnend gegenüberstanden. „Vor die Nachtarbeit häufigere Ruhepausen, so zogen sie die Nachtarbeit sogar der Tagesarbeit vor, weil sie ihnen die Möglichkeit gab, sich am Tage noch anderweitig, zum Beispiel im Haushalt oder im Felde, zu betätigen. Nur über die allgemeinen noch üblichen stündlichen Wechselstunden wurde hier und da geklagt.“ Andererseits berichtet der gleiche Aufsichtsbereich von Lebach am Vöner, der von Arbeitern in einschichtigen Betrieben gegen Ueberarbeit geleistet wird, sobald diese längere Zeit andauerte und sich bis in die späten Nachtschichten fortsetzte. „Lohnzuschläge bis zu 50 Prozent wurden für solche Ueberstunden gefordert und mußten bei dringenden Arbeiten auch bewilligt werden. Diese hohen Forderungen bewogen die Gewerbetreibenden, die Nachtarbeit nach Möglichkeit einzuschränken, zumal bei Nachtarbeit die Betriebskosten meistens erhöhten und die Arbeitsleistungen verminderten.“ Gewiß sind hohe Lohnzuschläge geeignet, die Nachtarbeit ebenso einzuschränken oder ganzlich abzuschaffen wie die Ueberstundenarbeit, wofür aber eine gute gewerkschaftliche Organisation

die Voraussetzung ist. Aber auch dann müßte an der Forderung des Verbots der industriellen Nachtarbeit für Männer festgehalten werden.

Aus dem Kasseler Bezirk wird berichtet: „Wie das Streben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft überhaupt auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet ist, so sucht sie auch die Nachtarbeit, soweit dies technisch möglich ist, einzuschränken. Demgemäß wurde bei der Vereinbarung zwischen den Bijouteriefabrikanten Hausaus und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1909 bestimmt, daß die erste Stunde Nachtarbeit mit 20, jede weitere Stunde Nachtarbeit mit 50 Prozent des vereinbarten Tagelohnes entschädigt werden sollen.“

Der Bromberger Aufsichtsbereich berichtet ebenfalls von Ablehnung der Arbeiter gegen die Ueberstunden, gegenüber denen „müden Leuten“ die Doppelschichten mit Arbeiterwechsel noch annehmbarer zu sein scheinen, da bei den verlängerten einfachen Schichten es nicht selten vorkommt, daß ein und derselbe Arbeiter von morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr, allerdings mit Pausen, durcharbeiten muß. Es handelt sich also um zwei Uebel und da müßten wir uns nicht gerne nach der bekannten Theorie für das kleinere entscheiden, das in diesem Falle nach der Darstellung des Bromberger Gewerbeinspektors die Nachtarbeit wäre, sondern für die Beseitigung beider Uebel.

Wie geradezu kulturwidrig und gemeinschädlich namentlich die Zulassung der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter ist, schildert der Kölnener Bericht. Danach stellten zwei Feinseifenwerke in Kall bei der Gemeindegewalt den Antrag, ihre fortbildungspflichtigen Arbeiter nur jede zweite Woche, und zwar nur dann, wenn sie in der Nachtschicht beschäftigt würden, zum Besuche der Schule zu verpflichten; andernfalls müßten die Wagenstraßen an zwei Nachmittagen der Woche zwei Stunden stillgelegt werden. Den Anträgen wurde stattgegeben. „Dabei hat sich gezeigt, daß die Nachtarbeit der Jugendlichen die Erreichung der Ziele des Fortbildungsschulunterrichts erschwert und das Ruhebedürfnis der Jugendlichen nicht genügend befriedigt. Es ist Gewohnheit und viellecht auch in den häuslichen Verhältnissen begründet, sich nach Vollendung der Nachtschicht nicht sofort zum Schlafe hinzulegen, sondern erst die Zeit nach dem Mittagessen zum Schlafen zu benutzen. Wenn der Fortbildungsschulunterricht nur in diese Zeit fällt, entbehrt der Arbeiter an diesem Tage beinahe völlig des Schlafes. Das machte ein Vater, dessen Sohn wegen Versäumnis des Schulunterrichts bestraft worden sollte, vor dem Jugendgericht als Entschuldigung geltend.“ Hoffentlich mit Erfolg, denn der Vater wäre andernfalls nur für die falsche Maßnahme des Bundesrates, die Nachtarbeit der Jugendlichen zuzulassen, bestraft worden, während diesem die Strafe gebührt.

Die verhältnismäßig starke Verbreitung der Nachtarbeit in Deutschland wirkt auch auf das Ausland zurück, wie die jüngsten Mitsberichte der schweizerischen Fabrikinspektoren zeigen. Da schreibt einer von diesen, Dr. Wegmann: „Die Maschinenindustrie wird hart bedrängt durch die deutsche Konkurrenz, zumal in allen Gebieten der Elektrotechnik. Die Klagen dieser Art werden immer lauter und es spielt hier die Verschleidenartigkeit der Arbeiterschaft eine große Rolle. Die Klagen dieser Art werden immer lauter und es spielt hier die Verschleidenartigkeit der Arbeiterschaft eine große Rolle. Die Klagen dieser Art werden immer lauter und es spielt hier die Verschleidenartigkeit der Arbeiterschaft eine große Rolle. Die Klagen dieser Art werden immer lauter und es spielt hier die Verschleidenartigkeit der Arbeiterschaft eine große Rolle.“

Also ein Vorkriegsbericht aus der Schweiz nach Einschränkung der Nachtarbeit für Männer, das heißt mit anderen Worten, das Verbot mit Zulassung unabweisbarer Ausnahmen. Das geltende schweizerische Fabrikgesetz läßt die Nachtarbeit nur ausnahmsweise zu. Anlagen, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, kann regelmäßige Nachtarbeit durch den Bundesrat gestattet werden, die aber unter keinen Umständen für den einzelnen elf Stunden während 24 Stunden überschreiten darf. Frauen und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren dürfen nicht zur Nachtarbeit verurteilt werden, erstere auch nicht ausnahmsweise; letztere dagegen können ausnahmsweise dazu verwendet werden. Unter diesen Umständen ist in der Schweiz der ununterbrochene Betrieb mit Nachtarbeit auf ein bescheidenes Maß beschränkt geblieben, wobei sich aber die schweizerische Industrie glänzend entwickelte, für sie also das Verbot der Nachtarbeit kein Hindernis des Fortschritts bildete. Auf der anderen Seite erwies sich auch die Zulassung der industriellen Nachtarbeit im Auslande nicht als ein hemmendes Hindernis für sie. Zugleich lehrt das schweizerische Beispiel, daß die deutsche und mit ihr die gesamte ausländische Industrie auf die Nachtarbeit verzichten kann ohne alle Gefahr für ihre Zukunft. In den oben-

erwähnten, von Fabrikinspektor Dr. Wegmann übergebenen Klagen der schweizerischen Unternehmer über die erdrückende Konkurrenz des Auslandes mit der Nachtarbeit steht Ueberreibung und Tendenz, denn schließlich bilden auch in Deutschland die nur aus wirtschaftlichen Gründen ununterbrochen geführten Betriebe gegenüber der Gesamtzahl der Betriebe der betreffenden Industrien nur eine Minderzahl. Und ebenso erscheint es uns als unwahrscheinlich und übertrieben, daß deutsche Arbeiter und deutsche Leiter von elektrischen Spezialgeschäften in der Schweiz erklärten, sie seien es von Deutschland her nicht anders gewöhnt, als daß man auch bei Nacht arbeitet und daß sie über das in der Schweiz bestehende gesetzliche Verbot der allgemeinen industriellen Nachtarbeit erstaunt sind. Im Gegenteil dürften sie darüber sehr erfreut sein; bekunden doch deutsche Fabrikinspektoren in völliger Uebereinstimmung mit den Tatsachen, daß deutsche Arbeiter auf die Abschaffung oder starke Einschränkung der industriellen Nachtarbeit hinwirken, daß sie zu diesem Zwecke hohe Lohnzuschläge fordern und daß sie sehr davon erfreut sind, wenn ihnen die Beseitigung der Nachtarbeit in einem Betriebe gelungen ist.

Dagegen begreifen wir aufrichtig das aus der Schweiz kommende Verlangen nach einem internationalen Verbot der industriellen Nachtarbeit der Männer, das sich als ein schöner Fortschritt an das bestehende internationale Verbot der Nachtarbeit der Frauen anreihen würde. Mit dieser Frage hat sich auch jüngst während der internationalen sozialen Woche in Zürich die Delegiertenversammlung der internationalen Arbeitervereinigungen beschäftigt. Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen wurde in der Tagespresse folgendes berichtet:

„Die Kommission war der Ansicht, daß in der Großindustrie in allen Ländern die Verhältnisse soweit geklärt sind, daß eine internationale Konferenz zur Regelung der Arbeitszeiten beantragt werden könne. Die Kommission war in der Frage einig, daß die Arbeitszeiten für die ununterbrochenen Betriebe zu verlangen sei. Die holländische Delegation regte an, daß bei Besprechung des Maximalarbeitstages auch die Aufmerksamkeit auf die gesetzliche Regelung der Maximalarbeitsdauer der Saisnarbeiter gelenkt werde. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Kommission der Länder, in denen Saisnarbeiter vorhanden sind, die Frage einer besonderen Untersuchung unterziehen sollen. Ueber die Beschlüsse der Kommission, Paris (Paris) und Parlamentarismittelglied Crossfield (London) empfahlen die Annahme dieses Antrages, sowie die Billigung mehrerer Beschlüsse der Kommissionen, in denen die Arbeitszeiten in Industrien mit ununterbrochenem Betrieb als das beste Schichtsystem bezeichnet und empfohlen wird. Für die Hochöfen, Eisenhütten, Stahl- und Walzwerke wird die Achtstundenschicht als notwendig und durchführbar erklärt, für die Glasbläuen ein internationales Uebereinkommen verlangt, das eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden mit einer ununterbrochenen 24stündigen Ruhezeit festsetzt.“

Man beschäftigte sich demnach nicht mit der ganzen Frage, sondern in der Hauptsache nur mit einigen Industrien, und man beriet ferner nicht die Frage des internationalen Verbots der industriellen Nachtarbeit der Männer, sondern stellte sich vielmehr auf den Boden derselben, akzeptierte sie, fand sich mit ihr ab und sprach sich für die Einführung der Achtstundenschicht aus, zunächst in der Großindustrie. Das ist ja immerhin etwas, wir wollen es zugestehen und auch gerne unterstützen, insofern es sich um Betriebe handelt, die aus technischen Gründen ununterbrochen geführt werden müssen. Aber darüber hinaus fordern die Arbeiter das Verbot der industriellen Nachtarbeit aus wirtschaftlichen Gründen, da schließlich die Arbeiter nicht der Industrie wegen, sondern umgekehrt die Industrie des Menschen, also auch des Arbeiters wegen da ist — da sein sollte und auch da sein wird. Und darum fort mit der nicht absolut notwendigen industriellen Nachtarbeit der Männer!

Der Kampf um das Koalitionsrecht im sächsischen Landtag.

Die Hege gegen das Koalitionsrecht ist jetzt im vollen Gange. Es ist ein planmäßiges Vorgehen der Arbeiterfeinde allerorten zu konstatieren, das neben dem Wahlrecht wertvollste Recht der Arbeiterklasse zu verstümmeln, es, wie einmal Genosse Auer sagte, zu einem Messer ohne Hest und Klinge zu machen.

In diesem allgemeinen Chorus klingt das Geschrei der sächsischen Reaktionären besonders mißtonend hervor. Und es hieß ja in reaktionären Blättern, daß die sächsische Regierung angeblich bereits den Wunsch der sächsischen Schatzmacher erfüllt und einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen im Bundesrate gestellt habe, trotz des schmachvollen Fiaskos, das der Vorstoß der Koalitionsfeinde im Reichstage erlitten.

Nun wurde zwar diese Meldung demontiert — es war wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedanken —, aber daß man dieser sächsischen Regierung und vor allem dem Minister des Innern, Herrn Witzthum v. Eschschütz, ein solches Vorgehen wohl zutrauen kann, Etwas, die Feindschaft im Landtage vom Minister abgegebene Erklärung zu einem entsprechenden Antrage der Konjunktiven und einer denselben Gegenstand behandelnden Interpellation der National-

liberalen. Der konervative Antrag lautete bekanntlich dahin: „die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrate dafür einzutreten, daß baldmöglichst durch Reichsgesetze ein ausgiebiger Schutz der Arbeitswilligen und Freiheit des Gewerbebetriebes geschaffen werde.“ Natürlich ließ das Vorgehen der Konjunktiven die Nationalliberalen, die sich als die „geborenen Vertreter der Industrie“ fühlten, nicht ruhig schlafen. Sie brachten schließlich eine Interpellation ein, die länger war und aggressiver klang. Ihr

Wortlaut war folgender: „Der Terrorismus, den die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Verbände gegen die ihnen zugehörigen Berufsgenossen, gegen die Arbeitswilligen und gegen die Gewerbetreibenden ausüben, gefährdet den Bestand und die Entwicklung von Industrie, Handel und Handwerk und beeinträchtigt schwer die Freiheit der arbeitssuchenden Arbeiterschaft. Er verhindert das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, schädigt das Rechtsbewußtsein im Volke und führt die Rechtsfreiheit. — Söllt die Regierung demgegenüber die gleichen gesetzlichen Bestimmungen und die ihr zuzuschreibende Mächtebefugnisse für ausreichend, und wenn nicht, was gedenkt sie zu tun?“

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags stellte, in dem Gefühl der selbstsicheren Kraft und als Gegenschlag gegen diese feindlichen Angriffe, die Anfrage: „Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um die Ausübung des Koalitionsrechts in Sachsen sicherzustellen?“

Der Vertreter des konservativen Antrags, der jactam bekannte Reichsanwalt z. D. und Gartenbauinspektor Dr. Böhm, der durch seine Scharfmacherei auf allen Gebieten offenbar seine von seinen eigenen Parteifreunden An wenig bezweifelte waschechte konservative Gesinnung dokumentieren wollte, erging sich in den gewagtesten Behauptungen der gewerkschaftlichen Organisationen und entwarf ein netterweckendes Bild von der Not der Unternehmer, der kleinen Handwerksmeister und der lieben Arbeitswilligen, die sich vor dem Terrorismus und dem Völkertum nicht mehr retten könnten. Nachdem dieser Herr sein Gift verpumpt hatte, kam der biedere nationalliberale Fabrikant Fritz Meyer, der in der Art eines Sonntagsnachmittagspredigers sprach und nach einer kurzen Rede, die keinerlei Hinweis für die handhabehaften Behauptungen der Interpellanten enthielt, dafür aber ungewollt, durch ihre Naivität stürmische Selbsterleuchtung auslöste, schloß er zum Entsetzen seiner Parteifreunde.

Wesentlich war es auch den Nationalliberalen gar nicht Ernst mit ihrer Interpellation, sonst hätten sie nicht diesen alten Herrn, der seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen war, vorgeführt. Er erwiderte auf die Rufe der Arbeitervertreter nach Beweisen, daß er einen ganzen Sad voll Beweise habe, ihn aber erst bei den Deputationsberatungen auspacken wollte.

Die beiden Herren, besonders Dr. Böhm, wurden von dem sozialdemokratischen Redner so zugepöckelt, daß ihnen eine Erwiderung im Falle dessen blieb und sie nur über die „unfachliche Bekämpfung“ zeternten.

Trotz dieser Ubfuhr und Widerlegung der Scharfmacher hatte der Minister des Innern den Mut, folgende Erklärung der Regierung, die früher schon vorher fertiggestellt war, zu verlesen:

„Die sächsische Regierung sieht auf dem Boden der durch die Reichsgewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit und erblickt in dieser ein unentbehrliches Mittel zur Förderung des Lohnkampfes. Sie wird daher fortgesetzt darauf bedacht sein, daß die Grundzüge der Gewerbeordnung nicht berührt werden, nach denen Gewerbetreibende und gewöhnliche Arbeiter zu Vereinbarungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen berechtigt sind. Die Festsetzung der Koalitionsfreiheit ist aber freizubehalten von allen Mitteln, die unvereinbar sind mit der allgemeinen Rechtsordnung und den diese beherrschenden wirtschaftlichen und sittlichen Anschauungen. ... Es läßt sich nicht leugnen, daß der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vielfach zu Ausschreitungen geführt hat, die darauf hinweisen, daß die vom Gesetz für solche Fälle geschaffene Ordnung nicht genügt. Die Staatsregierung ist bereit, beim Bundesrat für eine entsprechende Abänderung und Ergänzung der einschlägigen Reichsgesetze einzutreten. Hierbei wird die Frage zu prüfen sein, ob der unheimliche Zustand durch ein Sondergesetz oder nicht vielmehr auf dem Boden des gemeinen Rechts, insbesondere durch Abänderung der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs zu beheben ist. ... Die Staatsregierung ist zu der Überzeugung gelangt, daß auch die einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die über Vergehen gegen die Willensfreiheit der Abänderung bedürfen, und daß sie bei der bereits in Angriff genommenen Revision des Strafgesetzbuchs wohl eine andere Begriffsbestimmung erhalten werden. Die Staatsregierung wird dafür besorgt sein, durch Zustimmung des sächsischen Landtags bei den Arbeiten der Strafgesetzbuchkommission auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinzuwirken und auch im Bundesrat die Notwendigkeit der Reform zu betonen. Hierbei wird, soweit zunächst die §§ 142 und 153 der Gewerbeordnung in Frage kommen, an dem Grundgedanken der Vollen Freiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festhalten und beiden Teilen die freie Entschlieung, Arbeit zu geben und Arbeit zu nehmen, insbesondere auch im Wege der Arbeitseinstellung und der Arbeitseinstellung, zu belassen sein.“

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Gesetzgebungsdeputation überwiesen. Das war ein Verlegenheitsweg der Nationalliberalen, die vor den Reichstagswahlen nicht ihre Farbe bekennen wollten. Vom konservativen Vorstehenden dieser Deputation wurde der unglückliche Begleiter des Antrags, Dr. Böhm, zum Berichterstatter ernannt. Diese Deputation war mit wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten geradezu überlastet, und die

sozialdemokratischen Mitglieder traten, als der Antrag zur Verhandlung kam, dafür ein, eine Verhandlung des Gegenstandes zu unterlassen. Da doch der Reichstag zuständig sei, würde die Deputation pro nihilo arbeiten. Es wurde aber in die Verhandlung eingetreten und der Berichterstatter wird später seinen Eifer, mit dem er sich gegen den Vorschlag unserer Genossen war, bitter bereut haben. Eine schlimmere Ubfuhr dürfte nicht als ein Politiker in einem Parlament erfahren haben, als Dr. Böhm in der Deputation, wo er gewisse Augen in Auge kämpfen und Beweise erbringen mußte.

Er wich von Position zu Position zurück und dokumentierte nach einigen Sitzungen seine vollständige Hilflosigkeit. Immerhin taten diese Verhandlungen in der Deputation auch für die weitestehende Öffentlichkeit und angefaßt der jetzt einsetzenden Hitze gegen das Koalitionsrecht höchst interessante Momente. Was das Material anlangt, auf das die Konservativen ihren Antrag gestützt hatten, so war es außerordentlich Mächtig damit bestellt. Unter anderem verlas der Herr Berichterstatter ein Zitat aus einer angeblich sozialdemokratischen Zeitung, in dem zur Sabotage (Herkörung) aufgerufen wurde. Diese Zeitung war — ein anarchistisches in Zürich erscheinendes Organ, das seinerzeit durch die Spitzelgeschichten (Spring-Gaule-Magazin) eine traurige Bekanntheit erlangt hatte. Dann zitierte der Herr Böhm aus einem Buch des Professors Hertner über die Arbeiterfrage scharfmacherische Behauptungen über den Terrorismus der freien Gewerkschaften. Der Herr Dr. Böhm hatte aber in seinem Uebereifer übersehen, daß Hertner diese Scharfmacheransichten nur in seinem Buche zitiert, um sie zu bekämpfen. Er machte ein langes Gesicht, als ihm dieser „keine und unablässliche“ Irrtum nachgewiesen wurde.

Sehr interessant und neu war eine Mitteilung des Herrn Berichterstatters, daß von den sächsischen Industriellen eine Eingabe an die Regierung gemacht worden sei unter Bezeichnung einer Menge von Beweisen über vorgekommene Terrorismusfälle. Sofort wurde von unseren Genossen der Antrag formuliert, die Regierung aufzufordern, den Deputationsmitgliedern das gesamte Material schriftlich zuzustellen. Da kam des Pudels Kern: Dr. Böhm teilte mit, daß die Regierung von den Industriellen um Geheimhaltung des Materials ersucht worden sei, weil sonst die Gewerkschaften (angeblich terrorisierte Arbeiter) die Rechte der organisierten Arbeiter fürchten. Dem Referenten habe aber das Material vorgelegen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde angenommen. Nichtsdestoweniger hat die Regierung bis zum Schluß des Landtags nichts auf den Antrag erwidert und nichts zugefickt. Ihr ist wahrscheinlich die Sprache verschlagen.

Der Abgeordnete Meyer hat bis jetzt von seinen versprochenen Beweisen für den angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften in der Deputation ebenfalls noch nichts vorgebracht.

Auf einen weiteren Antrag von sozialdemokratischer Seite, durch den der Berichterstatter aufgefordert wurde, seine Anträge zu formulieren, um an Stelle der allgemeinen Redensarten eine bestimmte Unterlage für die Verhandlungen zu haben, wurde er gezwungen, mit seinen Plänen herauszutreten. Er formulierte sie folgendermaßen:

„Die königliche Staatsregierung bereitet, in folgenden Richtungen dem Antrage Nr. 7 dadurch zu entsprechen, daß 1. der Schutz der Arbeitswilligen herbeigeführt wird durch strafrechtliche Bestimmungen a) gegen das Streikpostenstellen, b) gegen Störung des Friedens der Staatsbürger, c) gegen Sabotage; 2. die öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften beziehungsweise durch die Presse oder öffentlichen Anschlag oder Flugblätter erfolgte Aufzuredung zum Vorkommen der Waren von bestimmten Gewerbebetrieben unter Strafe gestellt wird; 3. gesetzliche Bestimmungen eingeführt werden, nach denen das Vermögen der Berufsvereine aus Schäden wegen unerlaubter Handlungen haftet, die im Ausführenden von Beschäftigten dieser Berufsvereine an deren Angestellten oder Mitgliedern herbeigeführt werden; 4. die Bestimmungen von § 153 der Reichsgewerbeordnung insoweit außer Kraft gesetzt werden, als es sich um Betriebe handelt, von denen das Allgemeine Wohl abhängt, als zum Beispiel Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.“

In der Debatte darüber wurde von unseren Genossen eine solche Menge von Material über den Terrorismus der Unternehmer, der Militärs u. s. w. vorgebracht, daß der wildliberale Fabrikant Langhammer forderte, daß die Parität, von der der Herr Dr. Böhm immer geredet hatte, auch in den von ihm niedergelegten Anträgen zum Ausdruck gebracht werden müßte. Dr. Böhm setzte sich also wieder auf die Sojen und brachte folgendes Angiprodukt zustande:

Er schlägt „Parität“ vor in der Behandlung der Arbeiter und Unternehmer in bezug auf: 1. Festsetzung des Sozialis und der Sabotage; 2. Haftung der Köpfe der Berufsvereine für Handlungen, die ihre Leiter und ihre Mitglieder bei Ausführung der Vereinsbestimmungen begehen; 3. Verbot der Koalition für den Bereich der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.

Sine neue Parität!

Unsere Genossen in der Deputation beantragten demgegenüber folgende Anträge an die Regierung: 1. Ist die Regierung bereit, im Bundesrat dafür einzutreten, daß § 6 der Gewerbeordnung (Verbot des Koalitionsrechts für Eisenbahner zc.) ebenso wie § 153 und der zweite Absatz des § 152 aufgehoben wird? Zur Abstimmung darüber, ob diese Anträge an die Regierung gestellt werden sollen, ist es nicht gekommen. An eine Annahme ist natürlich nicht zu denken. Das trübten unsere Genossen, aber gegenüber den ungeheuerlichen Angriffen auf das Koalitionsrecht waren sie gewiß am Platze.

Uebrigens blieb der Herr Bekämpfer der Koalitionsfreiheit, Dr. Böhm, bei den ganzen Verhandlungen in der Deputation mütterchenallem. Keiner seiner konservativen Freunde, kein Nationalliberaler sprang ihm bei im Kampfe mit dem Unflutz. Die Herren hatten wohl alle das Embfinden, daß der Herr Antragsteller und Begründer mit seinen Produkten nicht zu retten sei und wollten sich nicht unnütz blamieren und bloßstellen. Die Nationalliberalen mußten endlich auf eine dringliche Aufforderung unserer Genossen, ihre Stellung zu den Anträgen zu formulieren, mit ihrer Ansicht heraussprechen. Ihre Antwort war sowohl für den Herrn Berichterstatter Dr. Böhm wie für die nationalliberalen Interpellanten selber eine klärende Ohrsäge. Sie lehnten glatt die konservativen Anträge ab und empfahlen an Stelle dessen die Verleihung der Koalitionsfreiheit an die Berufsvereine, einen Ausbau des Einigungsweßens. Die Kämpfe würden mit der Zunahme der Stärke der Organisationen abnehmen. Das Streikpostenstellen müsse gestattet sein, nur Zwang dürfe nicht angewendet werden. Den Boykott erachteten die Herren Nationalliberalen auch für ein unmoralisches Kompromittel. Aber mit Strafbestimmungen würden sie nicht aus der Welt geschafft. Man könne den Boykott auch schlecht lassen; denn der werde, wie beim Bund der Landwirte (!), unter der Hand gemacht.

Noch dieser nationalliberalen Erklärung, die einen vollenbieten Rückzug der Nationalliberalen vor der wirklichen Verteidigung der Koalitionsfreiheit durch unsere Vertreter darstellte, waren den konservativen Logikern die Felle sämtlich weggeschwommen und der schwerbellestete Angreifer benutzte die günstige Gelegenheit, daß andere dringende Aufgaben der Deputation harrten, dazu, die kluge Frage nicht wieder anzuhören. Sie liegt noch ungelöst in der Deputation. Ob im Herbst zu ihrer Veragung Gelegenheit sein wird, ist die große Frage. Sicher haben es die Konservativen, die sich dabei nur noch weitere Schlappen holen können, nicht eilig mit der Weiterberatung. Desto mühtender haben aber die sächsischen Scharfmacher, damit der Bundesrat die Initiativte ergreift zur Eröffnung des so verhassten Koalitionsrechts. rm.

Sozialdemokratischer Parteitag 1912.

Der sozialdemokratische Parteitag, der vom 15. bis zum 21. September zu Chemnitz abgehalten wurde, zeigte in allen seinen Teilen das Gepräge der Massenhaftigkeit. Schon am Sonntag dem 15. September vormittags fanden vier Massenversammlungen der Chemnitzer Arbeiter statt, in denen ausländische und deutsche Genossen begehrende Ansprachen hielten. An der Eröffnungsversammlung am Abend desselben Tages in der Sportschule nahmen mehr als 7000 Personen teil. Diese Versammlung wurde eingeleitet durch zwei Männerchöre, worauf die Begrüßung der Delegierten durch den Genossen Müller namens der organisierten Arbeiterschaft von Chemnitz erfolgte. Genosse Gasse, der Vorsitzende des Parteivorstandes, zeichnete dann in kräftigen Strichen die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation, worauf die Konstituierung des Parteitages erfolgte. Zu Vorsitzenden wurden Gasse und Nasse (Chemnitz) bestimmt. Auf die Tagesordnung des Parteitages wurden dann noch die zwei Punkte gesetzt: Die Teuerungsfrage und der Bergarbeiterstreik u. s. w. Eine so reichhaltige Tagesordnung mit so vielen wichtigen Punkten hatte bisher wohl noch kein Parteitag aufzuweisen. Dazu kamen noch die vielen Anträge, die über 200 betragen. Wie im Laufe der Tagung von der Mandatprüfungskommission festgestellt wurde, übersteigt auch die Zahl der Teilnehmer die aller bisherigen Parteitage. Es waren bereit 527 anwesend; von diesen waren 409 Delegierte, 77 Reichstagsabgeordnete, 11 vom Parteivorstand, 9 von der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, je ein Genosse von der Firma Wuer & Co. und der Redaktion des Vorwärts. Außerdem waren 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend.

In der ersten Sitzung des Parteitages am Montag dem 16. September begrüßten zunächst die ausländischen Gäste den Parteitag, worauf der erste Punkt der Tagesordnung: Geschäftsberechtigtes Wort an den Parteitag, zur Verhandlung kam. Genosse Gert vom Parteivorstand leitete sie mit einer überaus wirkungsvollen Rede ein. Er konnte die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß die Partei am Schluß des letzten Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder zählte, also um 133 550 gleich 15,9 Prozent zugenommen habe. Wie die Mitgliederzahl, so haben sich auch die Organisationen vermehrt, denn

glieder. Wie weit die Grundsätze der beiden Parteien auseinandergehen, weiß ich nicht, ich bin jedoch mit gutem Gewissen der I. L. P. beigetreten und das genügt einstweilen.“

Die britischen Trade Unions zählen 2 347 461 Mitglieder, die im Jahre 1909 in 1153 Verbänden organisiert waren. (Die neueren Zahlen siehe in Nr. 35/1912 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 284.)

Die meisten Gewerkschaften haben Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbekassen, vielfach auch Werkzeugversicherung, wie zum Beispiel die Holzarbeiter, deren Versicherungssumme auf Werkzeug bis 400 M. beträgt. Die Mitglieder sind statutarisch verpflichtet, ihren Arbeitskollegen Werkzeuge, wenn der einzelne solche nicht besitzt, zu leihen. Will ein Arbeiter in die für seinen Beruf zuständige Gewerkschaft eintreten, so muß er den Nachweis erbringen, daß er den Beruf erlernt und die Prüfung bestanden hat. Auch muß er von seinen Arbeitskollegen dem Gewerkschaftsvorstand empfohlen werden. Der Verpflichtete muß den zur Aufnahme feststehenden ein halbes Jahr lernen. Ueber 40 Jahre alte Personen werden nicht aufgenommen. Der wöchentliche Beitrag beträgt bei den größeren Gewerkschaften 1,25 M., das Eintrittsgeld richtet sich nach dem Alter, bis zum Höchstbetrage von 50 M. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit für Metallarbeiter, Holzarbeiter und Transportarbeiter beträgt 53 Stunden, der wöchentliche Verdienst 35 M. Das Agieren für die Gewerkschaften auf dem Arbeitsplatze wird mit sofortiger Entlohnung des Betreffenden geahndet. Die Entlohnung erfolgt nach Feilschn, Ford- und Prämienplan. Letzteres System hat sich oft zu Differenzen geführt, weshalb die Gewerkschaften an der Abschaffung dieser den Arbeiter doppelt schädigenden Methode arbeiten. Leider haben noch viele Arbeiter die Notwendigkeit der Abschaffung dieses Systems eingesehen. Eine Urabstimmung, die 17 Gewerkschaften 1911 darüber vorgenommen haben, zeigte, daß 95 738 Mitglieder für und 9695 gegen die Abschaffung waren; über 100 000 hielten sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Der wöchentliche Durchschnittsverdienst beträgt für die Bauarbeiter 31 bis 41 M., Landarbeiter 24 bis 27 M., Schiffsarbeiter 24 bis 45 M., Buchbinder 28 bis 34 M., Glasarbeiter 27 bis 36 M., Räder 24 bis 36 M., Schuhmacher 25 bis 30 M., Fabrikarbeiterinnen 13 bis

Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

Von Fr. Arczynski (Stuttgart).

III.

Am nächsten Morgen fand zuerst eine Besichtigung der Feuerwerkfabrikation, die uns nichts neues bot, und eines modernen Strassenhauses statt. Alsdann Mittagessen beim Lord-Mayor. Hier gerieten wir in eine peinliche Situation. Trotz vorheriger Versicherung, daß während unserer Reise nichts unternommen würde, was den Interessen der Arbeiter befehdigen könnte, fand hier der erste Anstoß statt, den die deutschen Sozialdemokraten natürlich nicht mitmachen wollten, wegen der Stadtverordneten der Arbeiterschaft (Independent Labour Party) alles als mit ihrer Würde vereinbar mitmachte. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden übten nichts zu Wünschenswertes aus, leider lassen die Genossen die Seiten auf sich warten. Unser nächster Gang galt dem Manchesterer Konsumverein. Im Jahre 1844 gründeten 28 Weber von Rochdale diesen Verein, der jetzt ein Kleinunternehmen mit eigenen Fabriken und eigenen Geschäften ist. Diesen 28 Webern folgten im Laufe der Zeit 2 Millionen Arbeiter, und 10 Millionen gründeten die Partide dieser großartigen Bewegung. Ständen doch recht viele deutsche Arbeiter in Augenblicken stehen, wieviel Schritte sie schafften nach größeren Kreisen, wenn der Vertrag ihrer Arbeit ihnen ein zugehen laßt! Es kann nicht unsere Aufgabe sein, alles wiederzugeben, was wir dort gesehen und gehört, nur einige Punkte mögen die Nacht dieser Besichtigung beleuchten: Dem Verbande englischer Konsumvereine sind 1139 Einzelvereine mit 1 800 000 Mitgliedern angeschlossen. Ein erster Jahresbericht betrug 1 264 425 Franken, im Jahre 1907 dagegen 620 Millionen. Die Ueberschüsse für die Konsumvereine betragen waren 1907: Kauter 115 000 000 Fr., Kauter 62 500 000 Fr., Kauter 25 000 000 Fr., Kauter 50 000 000 Fr., Kauter und Kauter 40 000 000 Fr. Die Verwaltung des Verbandes liegt in den Händen von 32 Vorstandmitgliedern, die von den Vereinen gewählt werden. Der Gesamtverdienst in 44 Jahren bis 1907 betrug 8 343 375 675

Franken, der Totalverdienst 131 077 925 Fr. Freilich sehen wir auch hier manchmal Mitglieder, die in einem Arbeiterunternehmen nicht sein sollte, zum Beispiel die Beschäftigung von Schulkindern, jedoch treten diese Uebelstände in den Hintergrund, wenn man das Ganze beurteilt.

Sobald wir den Konsumverein verlassen hatten, empfing uns bei der eine noch hunderten zählende Kindertruppe. Wie in schmerzlicher zerrissener Kleidung stehenden Geister, meistens ohne Schuhe, zeigten die verheerende Wirkung kapitalistischer Wirtschaftsweise. In den nächsten Stunden befanden wir uns in einer Volksversammlung, in der wir, wie auf der ganzen Reise, sentimentale Reden anhören mußten. Das Glück, mit einem deutschen Genossen zusammenzukommen zu sein, war groß, ebenso der Gewinn der Unterredung. Hier erzählten wir etwas von den englischen Gewerkschaften.

Etwas über den britischen Trade-Unionismus.

Ein Brief eines deutschen Gewerkschafters, der um seine Aufnahme in die gewerkschaftliche Organisation nachfragte, wurde in der Arbeiter-Zeitung veröffentlicht, der lautet: „Kauter, den 7. Mai 1911. Sehr lieber P! Ich bin, es ist mir ein Vergnügen, ich bin ein Mitglied der Arbeiter-Zeitung. Die Frage war ziemlich schwierig, hat mich 5 Schilling 6 Pence (5,12 M.) gekostet. Daß Du mir erzählst, wie es war, ist mir ein großes Vergnügen. Ich habe mich in die Mitglieder-Versammlung zu kommen. Des freierlichen Anlasses halber, habe ich mich nicht scheuen lassen, ein freies Wort zu sagen, und das hat mir, gepaart mit ein Regieren. Sie haben mich freundlich empfangen, meine Personchen aufgenommen und dann zu einem großen Erfahren wieder hinausgeschickt. Dann haben sie die Zeit abgelaufen und die die Zeitgenossen betrogen, daß sie mich aufnehmen sollen. Ich habe ein Schriftchen geschrieben, daß ich mich verabschiede, nach einer Viertelstunde wurde ich wieder herbeigeführt. Jetzt wurde es feierlich! Die ganze Versammlung erhob sich, ich mußte zum Vorkommen, der eine Ansprache hielt, den ich mir jetzt verabschiede, daß sie Genossen an mich schreibt. Dann allgemeines Handklopfen, und ich war froher (Ständer). Nun bin ich auch der Independent Labour Party beigetreten, die Sozialdemokratische Partei hat hier leider keine Mit-

Die Partei habe nun 390 Wahlkreisorganisationen, darunter 233 mit über 500 Mitglieder. Die Zahl der Ortsvereine betrage 4827. Unsere Bezirks- und Landesorganisationen seien als Unterglieder zwischen den Wahlkreisorganisationen und der Zentralkommission der Partei zu unentbehrlichen Faktoren in der Gesamtpartei geworden. Redner kam dann auf den Kampf um die Jugend zu sprechen, die für unsere Rekrutierung von größter Bedeutung sei. Bürgerliche Parteien im Bunde mit der Regierung suchten die Jugend für sich einzufangen, wobei die beherrschende Willkür eine große Rolle gegen unsere Jugendbewegung spielt. Es sei deshalb jedes Klassenbewußten Arbeiters dringende Pflicht, die proletarische Jugendbewegung nach Kräften zu fördern.

Ebert erörterte dann in ausführlicher Weise die bekannte Göttinger Angelegenheit. Unser Raum erlaubt es leider nicht, die Ausführungen Eberts und die Diskussion über diese traurige Episode der Württembergischen Parteibewegung wiederzugeben, wir verweisen unsere Leser deshalb auf die ausführlichen Berichte in der Parteipresse. Auch wollen wir uns eines eigenen Urteils über ihre Erlebigung durch den Parteitag enthalten, sondern uns damit begnügen, das Resümee wiederzugeben, das die Chemnitzer Volksstimme in ihrer Nr. 216 vom 17. September darüber brachte:

„Das Unternehmen (in Göttingen) ist gegen den Willen des Parteivorstandes und des Landesvorstandes in der leichtfertigen Weise geründet worden und hat bei schlechter Verwaltung, übermäßig hohen Reaktionsausgaben und einem sehr geringen Abonnentenstand, zumal auch die eigene Kapitalbasis außerordentlich schwach war, schon nach einem halben Jahre vor dem finanziellen Zusammenbruch gestanden. Nun sollte der Parteivorstand helfend eingreifen. Aber das Unternehmen hätte, abgesehen von der Verzinsung der fälligen Schulden, einen jährlichen Zuschuß von 12000 M. gebraucht, um leben zu können. Eine derartige Aufwendung hätte der Parteivorstand vor den Genossen des Reiches gar nicht verantworten können. Deshalb mußte ganz notwendigerweise irgendein Projekt ausgedacht werden, das der Göttinger Druckerei ein weiteres Betätigungsfeld verschaffte. So entstand aus den Kreisen der Göttinger Genossen selbst die Anregung zu einer Verschmelzung mit der Ulmer Donauwacht. Die Donauwacht wurde damals in der Druckerei der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart hergestellt, hatte aber in Ulm eine eigene Redaktion, die Genosse Rothmann leitete. Durch einen Vertrag mit der Schwäbischen Tagwacht verbunden, hatten die Ulmer Genossen gar nicht das Bedürfnis nach einer Veränderung, waren aber im Interesse des Göttinger Unternehmens bereit, darauf einzugehen, wenn die Bedingungen, die sie stellten, erfüllt würden. Sie waren also bei dem Geschäft, wie Rothmann treffend sagte, die umworbene Braut. Wer will es ihnen verdenken, daß sie sich das neue Haus möglichst nach ihrem Willen einrichten wollten! Eine Redaktion Thälheimer-Rothmann, die vorgezeichnet wurde, wäre ein Lebling von kurzem Bestand gewesen. Man kann nicht Dohs und Flügelherd in ein Joch spannen; das muß jeder zugeben, gleichviel, wie er im übrigen den beiden hier miteinander kämpfenden Anschauungen gegenübersteht. Der Parteivorstand fand den Ausweg, daß die freie Volkszeitung in Zukunft ebenso wie die Donauwacht den politischen Teil und die Unterhaltungsbeilage von Stuttgart begeben, im übrigen aber beide Blätter getrennte Lokalredaktionen haben und beide in Göttingen gedruckt werden sollten. Das ist ein so lokaler Ausweg aus einer durch schwere Schuld der Göttinger Genossen und ihrer Hintermänner verursachten Situation, daß man es kaum begreift, wie Radel, Thälheimer und Wesmeyer deswegen den Parteivorstand mit den schwersten Angriffen überschütteten. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurde die Göttinger Affäre ausgeführt und vorweggenommen. Sie beschäftigte den unerschrockenen Eindruck, den man von den Parteimitgliedern in Württemberg seit geraumer Zeit hat. Insbesondere Genosse Westphaler vermochte zur Rechtfertigung seiner unabweisbaren Beschuldigungen gegen den Parteivorstand nichts anderes vorzubringen als einige Stellenverurteilungen. Die von anderen zum Teil viel später liegenden Dingen handelten als dem Göttinger Streit. Am bemerkenswertesten aus der Debatte war die Erklärung, die Genosse Dr. Dersch für die Leipzig-Zeitung abgab. Sie lief auf das absolute Verständnis hinaus, daß die Redaktion sich in ihren Anzügen befinden habe. Daraus kann man den Leipzig-Parteilocher keinen Vorteil machen, denn es glaube eben an die Unerschütterlichkeit seines württembergischen Korrespondenten Westphaler. Wenn Dr. Dersch aber meinte, daß auch Westphaler sich gutgläubig getrennt haben könnte, so halten wir das nach Lage des Falles angelegentlich der ganz genauen Kenntnis jedes einzelnen Vorganges, die Westphaler haben mußte und hatte, für ausgeschlossen. Welche Folgen für ihn die bewußte und absichtliche Täuschung anderer Parteigenossen, die bei der hervorragenden Stellung der Angegriffenen in der Arbeiterbewegung zugleich eine schwere Beschuldigung der Partei bedeutete, in Zukunft haben muß, kann nach unserer Auffassung nicht zweifelhaft sein. Glücklicherweise dehnte der Parteitag die Göttinger Debatte nicht allzu weit aus. Nachdem die Hauptthemen gesprochen hatten, wurde mit überwiegender Mehrheit ein Schlußantrag angenommen.“

So das Urteil der Volksstimme; andere Parteiblätter urteilten noch schärfer. — Zur Göttinger Angelegenheit waren folgende Anträge eingelaufen:

1. Antrag Auer (München): Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göttinger Parteigeschäfts beteiligten Instanzen erhobenen halslosen Vorwürfe. Der Parteitag spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen der bei Re-

14 M. Die Textilarbeiter, die „Arbeiterkassen“ der Industriearbeiter verdienen durchschnittlich: Männer 28,10 M., Frauen 15,15 M. Jugendliche 10,45 M., Mädchen 8,90 M. Die Arbeitszeit für diese „Arbeiterkassen“ beträgt 55 Stunden pro Woche. Die vielfach verbreitete Meinung, der englische Arbeiter lebe besser als sein deutscher Genosse, bestätigt sich nicht. Abgesehen von einigen Gruppen, wie zum Beispiel den Bauarbeitern, stehen die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien hinter denen der deutschen zurück; auch die Arbeitszeit ist eine längere. Ein großer Vorwurf trifft die britischen Gewerkschaften, weil sie immer noch im Banne der Junkt dahingeelegenen, ohne sich um den ungelesenen Arbeiter zu kümmern, der ein elendes Dasein führt und bei passender Gelegenheit seinem „geliebten“ Bruder in den Rücken fällt. Es dürfte jedoch nicht mehr lange dauern, bis die Gewerkschaften von diesem Kostenposten befreit werden; die tiefen Entlohnung und das Übergewicht des amerikanischen und deutschen Industriekapitals in den letzten Jahren wird dafür sorgen, daß die „Werktät der Welt“ allmählich vom Weltmarkt verdrängt wird, der englische Kapitalist seine Produkte billiger absetzen und entsprechend produzieren muß, was natürlich Einfluß auf den Lohn und das Arbeitsverhältnis des englischen „Arbeiterkassens“ haben wird. Diese Entwicklung wird kommen und ist zu begrüßen, weil sie den Boden ebnet, auf dem der wahre Sozialismus gedeihen wird. Weiter nach Leeds! Frohen Mutes verließen wir am Morgen des 13. Juli das schwarze Manchester. Unsere Hoffnung, nunmehr unseren Lungen frische Luft zuführen zu können, betrug uns nicht. In Leeds verbrachten wir einen der schönsten Tage unserer Reise. Schön deshalb, weil man hier, von der drückenden Atmosphäre befreit, körperliche und geistige Erholung fand. Unser erster Gang führte uns gruppenweise in verschiedene Fabriken. Dabei wurden wir unangenehm überrascht, als unsere Führer feststellten, daß unter uns einige Säuberer seien, die die Fabriken nicht beschäftigen dürfen, weil der Besitzer fürchtete, sie könnten als Fachleute seine Arbeitsmethoden abgeben und ihm somit große Konkurrenz machen! — In Manchester und Birmingham, machten wir auch hier die Beobachtung, daß recht viele schwache, jugendlich aussehende Arbeiter zum Teil schwere Arbeit verrichten, wie das Bedienen von Dampf-

gründungen in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden.“

2. Antrag Ledebour und Liebknecht (Berlin): „Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göttinger Angelegenheit die volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrift sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur enklischen Befestigung des unerschrockenen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden.“

Diese Anträge führten zu einer Auseinandersetzung darüber, ob es denn nötig sei, unsere Partei und ihre Instanzen durch Annahme von Anträgen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs unehrlicher Mittel zur Beeinflussung der Stimmung der Parteigenossen. Nachdem vom Parteivorstande auf ein besonderes Vertrauensvotum verzichtet worden war, da es ihm genüge, wenn am Schluß der Diskussion eine allgemeine Entlastung erfolge, wurden beide Anträge zurückgezogen. —

In seinen weiteren Ausführungen war Ebert noch zu sprechen gekommen auf den Fortschritt der Parteipresse, die im letzten Jahre 170 000 Abonnenten gewonnen habe. Die Presse habe besonders während des Reichstagswahlkampfes Glanzendes geleistet. Redner streifte unter anderem auch die dem Parteivorstande gemachten Vorwürfe, daß er nicht genug Aktivität und Initiative entwickelt habe. Von anderer Seite sei aber das Gegenteil behauptet worden, daß er in dieser Beziehung manchmal sogar des Guten zu viel tue. Der Parteivorstand habe auch zu allen Parteistreitfragen jederzeit klar und entschiedene Stellung genommen. Aber er habe kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten.

Der Kassener Bericht, den Genosse Braun erstattete, ergab, daß trotz der bedeutenden Waflausgaben nur ein Defizit von 56 000 M. entstanden ist. Die Ausgaben betragen über 900 000 M. für die Wahlagitation, dazu kommen die Aufwendungen der Wahlkreis- und Bezirksorganisationen mit rund 2 385 000 M. für die Wahlagitation.

Der Bericht der Kontrollkommission war nur kurz. Sie stellte dem Parteivorstande Entlastung zu erteilen.

Es folgte dann eine längere Debatte ein über die zum Geschäftsbericht des Vorstandes gestellten Anträge. Von diesen Anträgen wurden schließlich mehrere dem Vorstand und dem Zentralbildungsausschuß überwiesen, viele abgelehnt, die folgenden angenommen:

Zugorganisation und Bildungsfrage: Antrag Ebert-Schulz: Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisation zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgestellten Mitgliedern der Organisation zu machen.

Illustrationen der „Neuen Welt“. Antrag Berlin IV: Die Bilder (Illustrationen) der Neuen Welt sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Falle würde Raum für gemeinverständlichen Aufhängen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypdruck eignet sich nicht für Rotationsdruck, ebensowenig schlechtes Papier.

Resolution Ebert und Genossen gegen die Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung u. a. g.: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das erste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinsaktivität, durch Versammlungen, Vortragstourneen, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzuschaffen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Bestandsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und verdeckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer verichtet wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeder durch Wort und Tat die geistige und körperliche Hebung der unentwickelten Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerpruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierter bewußt sozialistischer, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neueren Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebahren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders steht er in den sogenannten Kreisläufchen und in der öden Nachschärferei militärischer Außerlich-

hämmern u. Geipannt darauf, wie es wohl in der ältesten Lokomotivfabrik der Welt aussieht, betrat ich als Kenner der Metallbranche diese. In ihr soll der bekannte Autor von „Sinter Fling und Schraubstock“ (Mag. Ebt) gearbeitet haben. 3000 Arbeiter heilen dort jährlich 100 bis 120 Lokomotiven her. Wenn ich je eine „Bruchhube“ gesehen habe, so war es diese 1810 erbaute Febril-Samohl in bezug auf Maschinen und Werkzeuge als auch auf sanitäre Einrichtungen. Wir sahen hier nichts Neues, sondern nur rühmliche Arbeitserfolge.

Wie es mit der Toleranz der Adult School aussieht, sollten wir in einer Volksversammlung erfahren. Da präsierte der Lord-Magor von Leeds, der Erzbischof hielt eine Predigt, Fabrikanten hielten klammernde Reden, predien ihre Taten, die sie im Interesse der Arbeiter vortrugen. Auch ein Arbeiter (Mitglied der Labour Party) kam zum Wort! Doch der Kerl ging „zu weit“. Er jagte den Herren die Wahrheit, weshalb man ihm das Wort entzog! Was dieser verbrochen hatte, erfuhren wir erst nach der Versammlung, da man uns dessen Rede aus bestimmten Gründen nicht sofort überlegte. Aber die deutschen Sozialdemokraten waren so „intolerant“, daß sie deutsch sprechende Versammlungsteilnehmer als Ueberseher gewannen, um zu erfahren, warum man den Arbeiter nicht hören wollte. Was hatte nun dieser verbrochen? Er sagte unter anderem: „Die Engländer hätten keine Ursache, sich als Friedensengel aufzuführen. Die englischen Kapitalisten plündern andere Völker genau so, wie französische und deutsche Marokko zu plündern versuchen.“ Der Stroh! Als wir am andern Morgen zur Weiterreise auf dem Bahnhof uns einfanden, erließen auch unser Freund, von dem uns Abschied zu nehmen; sprechen konnten wir nicht miteinander, aber der Handdruck und der Blick im Auge zeigten deutlich, daß unsere Gedanken und Sorgen bei einer Sache waren.

York. Nach einkünftiger Eisenbahnfahrt erreichten wir diese geschichtlich bedeutsame Stadt Großbritanniens. Seine Geschichte beginnt mit dem Einfall der Römer in England. York war eine Zeitlang die Hauptstadt Englands. Berühmt durch seine Märtyler, ist es die Pilgerstätte vieler Auswägter und Reisenden der ganzen Welt. Sie wird von fast allen Seiten von einer Mauer umgeben,

leiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationalabneides und der Hege gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkanntwertige Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freierwilliger und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

Branntweinbott. Antrag Gottschalk (Münchberg) und Genossen: In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Zugwort „Abfassung der Liebesgabe“ erfolgten Wehrbefähigung zugunsten des Militarismus und der Schnapshausgenossen bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinbott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Branntweins eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner habsüchtigen Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagbeschlusses.

Dem Parteivorstande wurde nach Erlebigung aller Anträge einstimmig Entlastung erteilt. —

Es folgte darauf der zweite Punkt: Lebensmittelleuerung. Dazu erstattete Schetbemann ein kurzes einbringliches Referat, dessen Quintessenz in folgender Resolution zum Ausdruck kommt:

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der flüchtigen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichthumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferregnischaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der reichsten Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, das heißt für die Umwandlung des kapitalistischen Privatigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglich verschärfung der Steuer- und Zölle. Er fordert die Befestigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Werte der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Befestigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Erhebung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuern.

Der Parteitag fordert die Befestigung des Systems der Einfuhrzölle, die Aufhebung aller Lebensmittelsölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerlässlicher gesundheitslicher Ueberwachungsmaßnahmen und der entsprechenden Veränderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von fettem und zureichendem Fleisch, insbesondere auch von Geflügel, dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Auszehrung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdroffeln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergeekaltung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Erhebung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Unfähigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Macht fortzuführen.

Von einer Debatte über den Punkt wurde abgesehen und die Resolution einstimmig angenommen. (Schluß siehe unter Letzte Nachrichten.)

Eine Umwälzung im Lokomotivbau?

Auf der Strecke Winterthur-Graubühl in der Schweiz wurden Ende August sehr interessante Versuchsfahrten unternommen mit einem total neuen Lokomotivtypus. Es ist eine für die preussischen Staatsbahnen bestimmte Schnellzugmaschine von 1000 Pferdekraften mit zwei Dieselmotoren zur Vorseuerung der Triebkraft. Das Untergerüst kommt aus den Werkstätten in Berlin, die beiden Motoren stammen von Gebr. Sulzer in Winterthur und wurden dort eingebaut. Sie stehen hier gegeneinander und übertragen je 500 Pferdekraft auf die gemeinsame, quer zur

die im 13. Jahrhundert errichtet worden ist. Das Rathaus, in dem wir vom Lord-Magor begrüßt wurden, bot uns interessante Bilder aus der Geschichte des englischen Volkes. Nach kurzer Wanderung durch die Parks und Gärten und des Vorleser Manchester begaben wir uns nach dem Gartenstädtchen New Cross, wo uns Musterhäuser zu kaum zu bewertenden billigen Preisen gezeigt wurden.

Am Freitag abend endlich kamen wir in Leicester in die angenehme Lage, den Arbeiterparlamentarier Ramsay MacDonald in einer großen Volksversammlung sprechen zu hören. MacDonald sprach temperamentsvoll und rief die Versammlung zu wiederholtenmalen zu härmlichen Beifallstundgebungen hin. Er ist einer der Redner, die mit vielen Worten wenig sagen und sich jeder gegebenen Situation meisterhaft anpassen können. So führte er unter anderem folgendes aus: „Diese Pilgerfahrt ist durch jene große Adult School-Bewegung veranlaßt worden, die von der bemerkenswerten aller englischen religiösen Bewegungen, der „Gesellschaft der Freunde“, ausgegangen ist. Sollte man mich gefragt, in welche religiöse Gemeinschaft ich mich am liebsten hingeeignen würde, ich glaube, ich hätte sehr gern einen kreschoterianismus und Quakerismus geschmeckt.“ Und an anderer Stelle: „Anstatt ihr Geld zum Ankauf von Kanonen zu verwenden, anstatt ihre Väter mit Werten zu versehen und deren Kräfte für die Ausrüstung von Kriegsschiffen zu vergeuden, sollten die Regierungen das Geld benutzen, um Deputationen wie diese hier von einem Land in das andere als Boten des Völkervertriedens zu senden. Würdige solche Deputierte von einem bis zum andern Ende des Königreichs, laßt sie sich niederlegen zum gemeinsamen Mahle am trauten Familienstisch, und es wird unmöglich werden, jemals wieder Gefühle der Feindschaft zwischen beiden Nationen hochzurufen. Der Segen Gottes wird auf denen ruhen, die an dem Friedensworte der beiden Nationen arbeiten.“

Dem großen Friedensredner hätte man entgegennehmen müssen, daß nicht Gott und sentimentale Reden die Kriegsgeschichte aus der Welt schaffen, sondern einzig die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, mit Hilfe der politischen Macht, die aber weder die englische Arbeiterpartei, noch die große religiöse Adult School-Bewegung be-

von Kupferwerkstätten nach Annaberg; nach Grimmitzschau, St.; nach Herford, St.;
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Altwasser (Härfenstein) Mi.; nach Apenrade (Kleinbahnwerkstätte) M.; nach Belgrad (Firma Gebr. Gogjovac, Maschinenfabrik) St.; nach Brunsbüttel (Fa. Holmann) St.; nach Budapest (Ganz & Co., elektrotechnische Fabrik) D.; nach Düsseldorf (Fa. Gebr. Jnden, Fittingswerk; Wöste & Co., Fittingswerk; Stahlwerk Oeding Aktiengesellschaft) v. St.; (Oberbiller Stahlwerk W.-G.) D.; nach Eger (Böhmen) (Premier-Jahrbuchverlag) St.; nach Freudenstadt (Fa. Gebrüder Schmid) D.; nach Göttingen; nach Herford (Fa. Fleisch, Maschinenfabrik u. Eisengießerei) St.; nach Herzberg bei Oerode (Dier. Eisenwerk Franz & Co.) D.; nach Laningen bei Augsburg (Firma Kübel & Böhm) D.; nach Ludwigschafen (Firma Zimmermann) St.; nach Meyingen (Fa. Hermann Lamparter Nachf.) St.; nach Neffelsdorf in Wälden, St.; nach Nienheid (Maschinenwerkst. W. Klingenberg Söhne) St.; nach Schönebeck (Fahrradfabrik Metall-Industrie) St.; nach Tepitz i. Böhmen (Fa. Tischbrieh) St.; nach Tübingen-Verendlingen (Firma Buscher & Seiler) D.; nach Wels i. Österreich (Firma Titania) St.;
 von Metallschlößern nach Lechhausen, D.;
 von Schleifern nach Gvetling (Firma Honsel) D.;
 von Schlossern (Werk- u. Maschinenbau) nach Bern v. St.; nach Elbing, L.; nach Hamburg (Fa. Heyde & Huppert) D.; nach Posen, L.;
 von Schmiedern nach Elbing, L.; nach Posen, L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu neuen sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Wagneregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Abfordrerkonting. u. s. w.)
 Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Vorklagen auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, absteuern zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Sichtbildervorträge

- des Kollegen Seb. Lauterbach aus Stuttgart über: „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ finden statt:
- Mittwoch, 2. Oktober in Müggeln im Alten Gasthof.
 - Donnerstag, 3. Oktober in Klein-Zichauwitz in der Goldenen Krone.
 - Freitag, 4. Oktober in Neustadt i. Sa. im Saale des Niedergericht in Langburkersdorf.
 - Sonabend, 5. Oktober in Dippoldiswalde im Schützenhaus.
 - Sonntag, 6. Oktober in Meja im Schützenhaus.
 - Dienstag, 8. Oktober in Schmiedeberg im Saale des Gasthofes.
 - Mittwoch, 9. Oktober in Wittenbrand.
 - Donnerstag, 10. Oktober in Burgstädt im Carolapark zu Markersdorf.
 - Freitag, 11. Oktober in Limbach im Johannebad.
 - Sonabend, 12. Okt. in Chemnitz in Reichels Neuer Welt, Altchemniz.
 - Montag, 14. Oktober in Chemnitz im Gasthof in Reichenbrand.
 - Dienstag, 15. Okt. in Chemnitz in Baums Etablissement, Zschopauerstr.
 - Mittwoch, 16. Oktober in Chemnitz in Zweinigers Ballsaal, Zschopauerstr.
 - Donnerstag, 17. Okt. in Chemnitz i. Gasth. „Scheibe“ in Chemnitz-Zurth.
 - Freitag, 18. Oktober in Chemnitz im Ballhaus Wier. Leisnigerstr.
 - Sonabend, 19. Oktober in Chemnitz im Volkshaus, Zwickauerstraße.
 - Montag, 21. Oktober in Bietfeld i. Erzg. im Saale der Krone.
 - Dienstag, 22. Oktober in Annaberg im Deutschen Kaiser in Buchholz.
 - Mittwoch, 23. Oktober in Annaberg im Schützenhaus in Geyer.
 - Donnerstag, 24. Oktober in Oederan im Hotel zum Hirsch.
 - Freitag, 25. Oktober in Freiberg i. Sa. im Etablissement Union.
 - Sonntag, 27. Oktober in Obergroßschänke im Deutschen Haus.
 - Dienstag, 29. Oktober in Dresden im Krystalpalast.
 - Mittwoch, 30. Oktober in Dresden im Saale des Gasthofes Wölsnis.
 - Donnerstag, 31. Oktober in Dresden in Angermanns Gasthof in Döhlen.
 - Freitag, 1. November in Dresden in der Goldenen Krone in Hadebeul.
 - Sonabend, 2. Nov. in Dresden in Warkes Etablissement in Mickten.
 - Montag, 4. November in Hadeberg im Gasthof zum Kopf.
 - Dienstag, 5. November in Weichen in der Goldenen Sonne.
 - Mittwoch, 6. November in Coswig i. Sa. im Etablissement z. Börje.
 - Donnerstag, 7. November in Großenhain in der Goldenen Krone.
 - Freitag, 8. November in Rauenzig im Gasthaus zum Löwen.
 - Sonabend, 9. November in Bischofswerda im Hotel König Albert.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.

Düsseldorf. Auf dem Wilhelm-Geurts-Wert, A. G. haben die Draht- und Altkabelarbeiter wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Die beiden in Frage kommenden Drahtsorten, Kraken und Vierzehndrähte, werden in einer Abreimung gezogen. Die Krakenarbeiter haben als Altkabelarbeiter einen garantierten Lohn von 7. M. pro Schicht, während die Vierzehndrähter, die ebenfalls im Altkabel arbeiten, keinen Garantielohn haben. Schon hieraus ergeben sich Schwierigkeiten. Bei jedem Geschäftsgang kommt es vor, daß die Firma oder deren Auftraggeber den Krakenarbeitern einen Lohn zahlen, während die Vierzehndrähter keine Arbeit haben. Auch ist die Verteilung des Drahtes nicht immer so, daß jeder seinen Lohn verdienen kann. Aus diesen Gründen beantragten auch die Vierzehndrähter einen Garantielohn, und zwar in Höhe von 7,50 M. Die Firma lehnte die Bewilligung in mehrmaligen Verhandlungen ab und es erfolgte deshalb die Niederlegung der Arbeit. Wenn die Kollegen darauf drängen, daß ein Garantielohn bewilligt würde, so auch deshalb, weil speziell im Juli eine ganze Reihe von Kollegen ihr Geld nicht verdienten. Als sie dann Stellung nahmen und Forderungen stellten, sorgte die Firma mit einem Eifer, der rührend war, im August für Trakt und der Verdienst in diesem Monat war durchaus betriebsmäßig. Aber gerade das befruchtete die Arbeiter darin, an ihren Forderungen festzuhalten, denn der Verdienst war erbracht, daß bei gutem Willen eine zweckentsprechende Verteilung der Arbeit und demgemäß auch eine Garantie des Verdienstes möglich ist.

Formen.

Bitterfeld. Am 18. September legten die in der Maschinenfabrik und Eisengießerei von A. Martin beschäftigten Formen, Kernmacher und sonstige Güterarbeiter die Arbeit nieder. Seit jetzt acht Wochen schon unterbreiten die Arbeiter des genannten Werkes Wünsche, die eine Einschränkung der Ueberstunden, eine Erhöhung der gerade bei dieser Firma geübten erbärmlichen Löhne, Anbringen von Ventilationsvorrichtungen, ferner die Lohnabschnung, die bisher vierzehntägig geschahen, wöchentlich vorzunehmen. Obgleich nun schon zehn Wochen vergangen sind, hat bis jetzt die Firma auch nicht ein bißchen getan, um den berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Eine Kommission, die mehrmals vorstellig wurde, vertrat sich nun damit, daß eine gute Regen- und auch Starkschneeferne doch billiges Brot und Kartoffeln bringen werde, sollte jedoch das Fleisch noch teurer werden, dann würde man auch einmal prüfen, wer von den Arbeitern eine Zulage erhalten solle, ein jeder werde sie auf keinen Fall bekommen. Als entlobt nun Herr Martin seine Leute, Formen erhalten einen Stundenlohn von 47, 43, 42, 41, 40, 38 L., so daß nicht einmal ein Durchschnittsverdienst von 42 L. her-

auskommt, Kernmacher 36 bis 40 L., Arbeiter 32 L. Die anderen Arbeiter am Orte zahlen meist höhere Löhne für Formen. Man muß sich wirklich wundern, daß Herr M. glaubt, unter solchen Verhältnissen nach billigeren Arbeitskräften zu erhalten. Da aber die Firma genügend Aufträge hat, so wird ja wohl die Sache nicht allzu lange dauern. Herr M. wird jedenfalls nicht anders können, als den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen zu zeigen. Für die Arbeiter heißt es aber, auszuhalten in diesem Kampfe für Verbesserung der Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen.

Klempner.

Halberstadt. Am 31. März wurde von der hiesigen Verwaltung der Tarif der Klempner und Installateure, der am 8. August abließ, gekündigt. Die Kollegen waren gezwungen, ihre Löhne zu verbessern und stellten folgende Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Für Ausgelernte 35 L., zwei Jahre nach der Lehrzeit 38 L. und vom dritten Jahre an bis zur Selbstständigkeit nicht unter 45 L. die Stunde. Wo kein Mindestlohn festgelegt ist, sollten 50 L. und im Jahre 1913 nicht unter 52 L. pro Stunde gefordert werden. Für Ueberstunden sollten 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gezahlt werden. Schmutzarbeiten sollten mit 25 L. und Sörgelarbeiten mit 1,50 M. extra bezahlt werden. Für Montagearbeiten, die mehr als 3 Kilometer entfernt sind, 1. M. den Tag, und wo der Wohnort abends nicht erreicht wird und übernachtet werden muß, 2,50 M. Diese Forderungen wurden den Klempnermeistern zugestellt. Es wurden fast alle Punkte angenommen, mit Ausnahme der Lohnforderung. Die Meister bewilligten für Ausgelernte 31 L., für solche mit zweijähriger Gesellenzeit 38 L. und mit dreijähriger Gesellenzeit bis zur Selbstständigkeit 40 bis 45 L. Selbstständige Gesellen erhalten 50 L. pro Stunde. Die Tarifdauer sollte auf fünf Jahre festgelegt werden. Diese Vorschläge wurden einer gut besuchten Versammlung vorgelegt. Alle waren mit den Vorschlägen einverstanden, nur sollte die Tarifdauer nicht auf fünf Jahre, sondern auf zwei Jahre festgelegt werden. Die Versammlung beschloß ferner, die Schlichtungskommission, die aus je vier Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter besteht, und den Kollegen Ernst Bolkmann als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinzuzuziehen und über die Forderungen nochmals zu verhandeln. Die Meister bestritten indessen auf ihren Vorschlägen. Nur die Tarifdauer wurde auf drei Jahre festgelegt. Nunmehr stimmten auch die Kollegen zu und der neue Tarif trat am 8. August in Kraft. In einer Branchenversammlung am 17. August wurde festgestellt, ob die Klempnermeister den Vereinbarungen noch kommen. Da stellte sich heraus, daß sechs Unternehmer den Lohn von 50 L. für ihre selbstständigen Gesellen nicht zahlten. Sofort wurde die Schlichtungskommission angerufen, und die Vertreter der Unternehmer versuchten, den Gesellen ein schlechtes Zeugnis auszusprechen, indem sie behaupteten wollten, daß hier im Orte kein selbständiger Geselle vorhanden wäre. Diese Anklage wurde von den Arbeitervertretern aufs entsetzlichste zurückgewiesen und es mußten den Gesellen doch die 50 L. bewilligt werden. Jetzt heißt es aber, danach zu trachten, daß alle Mann für Mann den neuen Tarif innehalten, um ihren Meistern auch zu zeigen, daß ein organisierte Arbeiter nicht mehr mit sich spielen läßt.

Metallarbeiter.

Bruchsal. In der Wirtschaftlichen Rundschau in Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung sind unter anderem auch die glänzenden Geschäftsergebnisse der Maschinenfabrik Bruchsal erwähnt, die in den letzten Jahren 25, 25 und im Jahre 1911 20 Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung bringen konnte. Nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch in den früheren Jahren war der Dividendenbesitz ein sehr reichlicher, es konnten durchweg mehr als 20 Prozent zur Verteilung gelangen; es hat schon Jahre gegeben, wo neben der Dividende für jede Aktie noch ein besonderes Geschenk von 500. M. gewährt wurde. In hiesigerlei und Finanzkreisen, denen die hervorragende Stellung der Bruchsaler Maschinenfabrik und deren glänzende Rentabilität bekannt ist, herrscht die Auffassung, daß in bezug auf die Lohnverhältnisse die Arbeiter dieses Betriebes jedenfalls keine Klage zu führen hätten, denn dieser Betrieb sei schon in der Lage, den Arbeitern gute Löhne zu zahlen. Das ist jedoch keineswegs der Fall, gerade in diesem Betriebe sind die Lohnverhältnisse unter allen anderen Betrieben im Bereiche der Verwaltungstelle Karlsruher mit am schlechtesten. Löhne für gelernte Schlosser und Dreher von 30, 32 bis 35 L. sind allgemein üblich; die Leute arbeiten dann im Altkabel und erreichen 40, 42, vielleicht auch 50 L., also einen Lohn, der in anderen Betrieben als Tagelohn gewährt wird. Die Altkabelpreise sind so gedrückt, daß es unmöglich ist, mehr zu verdienen. Neben diesen schlechten Lohnverhältnissen läßt auch die Behandlung der Arbeiter viel, fast alles zu wünschen übrig. Früher hatten die Meister noch das Recht, von Zeit zu Zeit den Arbeitern ihren Lohn etwas aufzubessern, besonders dann, wenn sie der Meinung waren, daß die Arbeiter es verdient haben. Dieses Recht hat der seit einigen Jahren herrschende Betriebsleiter Malm den Meistern genommen, er befragt das selbst und aufgebessert erhält nur, was er gerade vor seinen Augen findet. In letzter Zeit sind die Arbeiter verletzener Abteilungen bei ihm wegen Aufbesserung vorstellig geworden. Sie wurden abgewiesen mit dem Hinweis, daß voriges Jahr ein schlechtes Geschäftsergebnis erzielt worden sei. 20 Prozent Dividende an die Aktionäre neben Abrechnungen und Speisung des Reservefonds nennt Herr Malm ein schlechtes Geschäftsergebnis. Den Schlossern hat Herr Malm verboten, während der Frühjahrspause zusammenzukommen, jeder hat auf seinem Platz zu bleiben, jedersfalls hat Herr Malm Angst, die Leute könnten sich während der Frühjahrspause darüber beraten, wie sie könnten im Betriebe beschäftigt werden könnte. Die Ueberstundenmühsal steht in diesem Betriebe in schönster Blüte. Es wurde fast den ganzen Sommer hindurch in verschiedenen Abteilungen bis 7 und 8 Uhr abends, zum Teil noch länger gearbeitet. Mittags ist jedoch trotz der Ueberstunden keine Vesperzeit. In der Schmiede ist es nun vorgelommen, daß die Leute ihre Flasche Bier oder Waff kostfellen, um es um 4 Uhr zu trinken. Die Getränke wurden den Leuten einfach weggenommen, und als sie deshalb bei Herrn Malm vorstellig wurden, erklärte er: „Sich könnt eure Sachen zum Vesper trinken, aber sehen will ich es nicht.“ Es dauerte kaum eine halbe Stunde, da ließ Herr Malm in der Schmiede einen Aufschlag anbringen, worin zu lesen war, daß der Genuß geistiger Getränke in der Fabrik strengstens verboten ist und Zuwiderhandelnde mit sofortiger Entlassung bestraft werden. Das alles in einem Zeitraum von kaum einer Stunde. Herr Malm scheint überhaupt kein Verständnis dafür zu haben, daß die Leute bei ihrer schweren Arbeit, zumal dann, wenn sie in Ueberzeit arbeiten müssen, auch etwas genießen müssen. Daß Herr Malm kein Freund des Koalitionsrechts ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Mit der Drohung der Entlassung ist Herr Malm überbaut gleich bei der Hand. Ueber dem Betriebsleiter steht nämlich der Herr Direktor. Wir haben schon hin und wieder bei anderen Werken gesehen den betreffenden Arbeiter geraten. Diejenige einmal ihre Beschwerden vorzutragen. Der Direktor hat auch die Leute empfangen, sie blickt und zerknirschend an und sagt: „Das ist euer Lohn, das ist ein sehr merkwürdiges Zeug für die Arbeiter, aber wir haben euch noch nicht beabsichtigt können, daß auch mit ein Ueberstundenlohn Erfolg gehabt hätte oder daß es bestrafen sei. Und das wird auch vorerst nicht der Fall sein, solange die Arbeiter dieses Werkes in ihrer Gleichgültigkeit gegen die Organisationsverbände. Dadurch kann es nicht besser werden, daß man die Leute in der Fabrik macht und hin und wieder einmal Drohungen gegen den Betriebsleiter ausspricht, sondern nur dadurch, daß die Arbeiter dieses Betriebes den Gehör geben, wenn sie gehören, in die Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.“

Chemnitz. (Selbe Redaktion) Die hiesige Arbeiterzeitung verurteilt den Arbeiter, den Arbeiter, den Arbeiter zu bereiten; hauptsächlich dann, wenn diese sich in ihrer Gewerkschaft zusammenfinden, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Diese Zeitung hat ihre Interessenvertretung erweisen.

indem sie jetzt neben den Unternehmern auch die Gelehen unter ihre Fittiche genommen hat. Dieses arbeiterfeindliche Blatt brachte in Nr. 207 einen Artikel an erster Stelle, worin die gelbe Erziehung in der Sächsischen Maschinenfabrik behandelt wird. Der Artikel ist trotz der Verleumdungen gegen die Gewerkschaften, wie man sie außer diesem Blatt nur noch in dem offiziellen Organ der Gelben, im A. u. N., finden kann. Auf den Inhalt dieses Artikels einzugehen, ist nicht Zweck dieser Zeilen, nur soll die Wahrheitsliebe des Artikelverfassers aus der Sächsischen Maschinenfabrik etwas tiefer gehängt werden. Es wird versucht, die gelben Verhältnisse als harmlos zu beschreiben, den hiesigen, denen nicht näher liegt, als ihren Mitarbeitern in der Not beizustehen, es aber dem einzelnen überlassen, ob er sich den Gelben anschließen will oder nicht. Es heißt wörtlich: „Wir sind weit entfernt davon, denjenigen unserer Mitarbeiter, welche noch nicht zu uns gehören, ihre Entschädigung vorzuschreiben oder durch fragwürdige Mittel abzupressen. Wir lassen jedem völlige Freiheit seiner Entscheidung.“ In Wirklichkeit steht es anders aus, „es sind im Betrieb 11 Vorstandsmitglieder und 29 Vertrauensleute, denen die Meister und eine Anzahl freiwilliger Gewerkschaften zur Seite stehen. Diese Personen, die frei im Betrieb agieren, suchen jeden Arbeiter anzuschwärzen, der sich erlaubt, zum Beitritt in die freie Gewerkschaft aufzufordern. Ja, die Meister dulden es, wenn die Allgemeine Zeitung im Betrieb ausgelegt wird, daß die Arbeiter stundenlang in der Werkstatt dieses Blattes lesen, wogegen streng darauf geachtet wird, daß jeder — mit Ausnahme der gelben Agitatoren — an seinem Platze steht und arbeitet. Schon die Behandlung der Unterstützungsgehälter ist keine unparteiische, und Arbeiter, die am Streik beteiligt waren, erhalten gewöhnlich nichts. Das Konto des Heims wird unter anderem auch von den Ueberführten der Kantine gepflegt, wo alle Arbeiter ihren Anteil dazu beitragen, weil sie an die Werhater 15 L. für eine Flasche Bier zahlen müssen, wobei ein ansehnlicher Ueberfluß bleibt. Als ein Arbeiter nachsuchte, ob er im Heim eine Wohnung erhalten könne, wurde ihm bedeutet, er könne dort keine Wohnung erhalten, weil er nicht Mitglied des A. u. N. sei. Einen weiteren Arbeiter forderte ein gelber Vertrauensmann zum Beitritt in den Allgemeinen Unterstützungsverein auf und sagte, er solle nur dem gelben Verein beitreten, Herr Weber sei auch nicht so, er werde ihm schon ein paar Pfennige mehr Lohn geben. Als der Mann sich trotzdem weigerte, bedeutete ihm der Vertrauensmann, Herr Weber werde es jedenfalls machen, wie bei den anderen, er würde dann keine Arbeit bekommen. Der Meister Weber gibt den Gelben soviel Arbeit, daß sie diese oft nicht bewältigen können, während er die Nichtmitglieder auf Arbeit warten läßt. Meister K. sucht die Leute damit zu ködern, daß er sagt: „Wenn Sie Mitglied sind und werden einmal krank, bleibt das Arbeitsverhältnis bestehen, während im andern Fall, wenn Sie nicht Mitglied sind, Sie nicht wieder ansaugen dürfen.“ Auch ist es vorgekommen, daß ein Vertrauensmann für einen andern Arbeiter, der ihm erklärte: „Ich habe jetzt keine Zeit“, den Lohnnahmefehlern selbst ausfüllte. Als er hierüber zur Rede gestellt wurde, gab er zur Antwort, es sei geschahen und er könne es nicht mehr ändern. Ein anderer Vertrauensmann fragte einen Arbeiter, ob er nicht in den Unterstützungsverein eintreten wollte; es wäre bloß zu seinem Nutzen. Er könne Lebensstellung haben und 15 L. würde er wohl auch noch übrig haben. Er — der Vertrauensmann — würde beim Altkabelmeister ein gutes Wort einlegen wegen 1 L. Zulage und 3 L. Kame der Beitrag wieder mit heraus und hätte er dann auch mehr Stand. Schluß und hätte man sein und immer sehen, wie man am besten wegkommt. Bei der Arbeitsaufnahme wird den Leuten gleich die Aufnahmeformulare hingefügt und sie werden aufgefordert, ihn auszufüllen. Wie hier gearbeitet wird, zeigt ein anonymer Brief, den ein frei organisierter Arbeiter per Post zugesandt erhielt, worin es heißt: „Du tätest wohl daran, dich uns G. anzuschließen. Für einen Mann in Deinem Alter hat es keinen Zweck mehr, dem Verband anzugehören, das ist Sache für junge Leute. Also beherzige diese Worte und sei nicht böse, daß wir dich befristigen. Also sei gewarnt. In Deinem Interesse liegt es, wenn Du mit Dir zu Rate gehst und Dich uns anschließest.“ Alle diese angeführten Fälle zeigen, daß es unwahr ist, wenn die Allgemeine Zeitung sagt, Terrorismus werde von den Gelben nicht geübt, sondern das Gegenteil ist richtig. Es ist auch unrichtig, wenn in diesem Blatte steht, mit Mut und Entschlossenheit sei der Unterstützungsverein gegründet worden. Mut und Entschlossenheit zeigen nur die Männer, die es ablehnen, einer solchen Organisation anzugehören, die von der Geschäftsleitung protegiert wird. Nur unselbständige oder alte Leute sind es, die nicht dem Mut haben, sich anderweitig Arbeit zu suchen, die dem gelben Verein beitreten; Personen, deren Stellung erschüttert ist, betreiben Agitation für berattige Vereine. Sie sind in dem Wahn, dadurch ihre Lebensstellung zu verbessern, bis ihnen dann eines Tages der Geistlichter verfehlt wird und sie dann selbst bei den Leuten der Allgemeinen Zeitung keine Beachtung finden. Wenn die Allgemeine Zeitung jetzt die Gelben in Schutz nimmt, so geschieht dies lediglich, um den Unternehmern abermals einen Dienst zu erweisen. Mit der Wahrheit hat dieses Blatt sich ja schon wiederholt in Widerspruch gesetzt, wenn es über Arbeiter schrieb, weil es ein Kapitalistenblatt und ein gelbes Organ, das jüngste seiner Art, ist.

Göttingen. Nach fast fünfwöchigem hartem Kampfe ist der Streik bei der Firma Huttner & Co. beendet worden. Die Vermählungen des Herrn Postgeleitmanns Gehring, der beide Parteilichen durch seine unermüdbare Tätigkeit näher brachte, hatten den Erfolg, daß schriftliche Vereinbarungen, die von der Organisation vorgelegt wurden, in den wichtigsten Punkten von der Firma anerkannt wurden. Am 11. September fanden Verhandlungen statt, deren Verlauf darauf schließen ließ, daß an eine Verständigung gedacht werden konnte. Die Arbeiter selbst waren in ihrer Mehrheit mit der Altkabelarbeit einverstanden, nachdem aus bestmöglicher Versichert worden war, daß die Arbeiterlohn auf einen wesentlichen Vorteil gegenüber den bisherigen Verdiensten erzielen könne. Nachdem der Stundenlohn den Arbeitern bei jedem neuen Altkabel garantiert wird, ist die Altkabelarbeit zweifellos ein Vorteil für alle, die im Altkabel arbeiten müssen. Die Verhandlungen, die von der Firma an den vorgelegten Vereinbarungen vorgenommen wurden, sind von den Arbeitern akzeptiert worden. Eine Versammlung, die am 12. September zu den Zugeständnissen Stellung genommen hat, beschloß nach einem Referat des Herrn Amtmanns Gehring und des Geschäftsführers Stuber in geheimer Abstimmung mit 224 gegen 40 Stimmen, diesen Vereinbarungen ihre Zustimmung zu geben. Ihre Hauptbestimmungen lauten folgendermaßen: Sämtliche Stundenlöhne werden vom 1. Oktober dieses Jahres an bei Arbeitern und Arbeiterinnen, deren Arbeit nicht ständig im Altkabel gemacht werden kann, bis zu 24 L. um 2 L. über 24 L. die Stunde erhöht. Die Arbeiter werden soweit wie möglich im Altkabel angestellt. Die Firma wird solche Preise einstellen, daß die Arbeiterkraft bei normaler Leistung einen Reinerwerb über den bisherigen Stundenlohn verdient. Der Stundenlohn wird nach den Bestimmungen der bisherigen Arbeitsordnung garantiert. Zum 1. Januar 1913 an geltend kommende bestehenden Altkabelpreise als vereinbart. Die bisher angeführten Preise sind einer Revision unterzogen und, wo notwendig, entsprechend erhöht werden. Bei schriftlichen Altkabelpreisen wird die Arbeit unter Kontrolle des Meisters oder durch den Meister oder andere Arbeiter angefertigt, die darauf verwandte Zeit wird als Grundlage zur Berechnung des Altkabelpreises genommen. Mit der Arbeitskraft darf nicht künstlich zurückgehalten werden. Beschwerden über zu wieder angelegte Altkabelpreise können jederzeit durch den Meister dem Herrn Amtmann Gehring vorgebracht werden, ohne daß dem Arbeiter irgend ein Nachteil entsteht. Die Altkabelpreise werden den Arbeitern vor Uebernahme der Arbeit schriftlich mitgeteilt. Die Altkabelpreise werden in ein Verzeichnis oder Buch eingetragen, das den Arbeitern jederzeit auf Verlangen vorgelegt wird. Einmal festgesetzte Altkabelpreise werden nur reduziert, wenn dies durch technische Verbesserungen, die eine raschere Herstellung gestatten, bedingt ist, oder wenn sich herausstellen sollte, daß einzelne Preise verhältnismäßig zu hoch gegriffen wären. Für abgemessene Arbeit haften der

Arbeiter oder die Arbeiterin nur bei nachgelesenem eigenem Verstand, in diesem Falle ist die Reparatur unentgeltlich zu machen. Nachregelungen finden gegenständig statt. Die getroffenen Vereinbarungen treten mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft. Die Abminderung wird gegenständig zurückgenommen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, ihre vollste Arbeitskraft in den Dienst der Firma zu stellen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden in den einzelnen Abteilungen im Verhältnis der vorliegenden Arbeit, spätestens bis zum 1. Oktober ohne Ausnahme eingestellt. — Aus diesen Vereinbarungen ist ersichtlich, daß den Arbeitern in Bezug auf die Arbeitsbedingungen weitgehende Garantien geboten sind. Herr Guttenlocher glaubt mit Bestimmtheit versichern zu können, daß die guten Arbeiter auf weit über 75 % pro Stunde kommen. Die Ergebnisse können sich immerhin sehen lassen, um so mehr, wenn man bedenkt, daß von den Streikenden über die Hälfte Arbeiterinnen waren und die Firma gleichfalls eine sehr gute Position und Unterstützung hatte. So einmütig die Arbeit niedergelegt wurde, so einmütig wird sie innerhalb der nächsten 14 Tage wieder aufgenommen, sobald die Firma imstande ist, alle wieder voll auf zu beschäftigen. Der Kampf ist mit einer mühevollen Ruhe und Ordnung geführt worden, nicht in einem Falle kam eine Uebertretung vor, was sowohl von dem Polizeikommando als auch von der Firma anerkannt wird. Die Ruhe und Besonnenheit der Streikleitung hat viel dazu beigetragen, daß die nun einmal bei einem Kampfe unvermeidlichen Gegeißelungen nicht noch mehr verschärft worden sind. Dadurch war auch die Besonnenheit möglich. Die Streikenden haben sich loyaler gehalten, sowohl bei dem Streikpostenstreiken, als auch in den jeweiligen Versammlungen und Zusammenkünften. Ruhe und Besonnenheit ist aber auch immer die erste Pflicht bei einem wirtschaftlichen Kampfe. Die Arbeiter kehrten schon am 12. September in der Zahl von 180 zur Arbeit zurück, mit welchen Gefühlen, das weiß derjenige, der ständig in intimer Beziehung zu ihnen stand. Sie haben nur denselben Wunsch, daß alle die Hoffnungen, die sie auf den Frieden gesetzt haben, auch in Erfüllung gehen.

Sagen-Schwelm. Der Kampf gegen den Zwangsarbeitsnachweis im Kreise Sagen-Schwelm ist beendet. Die Unternehmer haben in eine Milderung der Sagen-Schwelm des Nachweises willigen müssen. Die Sperre der Gießereibetriebe hatte in den letzten Wochen derart gewirkt, daß eine Anzahl Betriebe ihre Produktion bedeutend einschränken mußten. Deswegen kam es am 5. September zu Verhandlungen. Die ersten Verhandlungen verliefen resultatlos, hatten auch hauptsächlich nur den Zweck, zu prüfen, wie weit die Beschwerden der Arbeiter gegen die Handhabung des Unternehmensnachweises berechtigt waren. Selbst die Unternehmenskommission mußte einen Teil der Beschwerden als berechtigt anerkennen, man erklärte aber den Organisationsvertretern, man sei nicht berechtigt, bindende Abmachungen zu treffen, wolle aber dafür eintreten, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes erneut mit den Organisationsvertretern verhandelt. Diese Verhandlungen fanden am 11. September statt und führten zum Frieden. Es wurde den Organisationsvertretern das Recht zugesprochen, bei Beschwerden der Arbeiter gegen den Nachweis diese vor der unparteiischen Beschwerdekommision zu vertreten. Bisher konnte nur der Arbeiter selbst Beschwerden vorbringen. Ferner kann in Zukunft bei Ausbruch eines Streiks der Nachweis nicht willkürlich sämtliche Arbeitnehmende der betroffenen Firma zuweisen. Bei derartigen Fällen treten der Ausschuss und der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zusammen, um den Streikfall zu untersuchen. In diesen Sitzungen werden die Organisationsvertreter von Fall zu Fall zugezogen. Ferner wurde der § 12 der Satzungen einer Änderung unterzogen. Dieser bestimmte bisher, daß Arbeitnehmende, die sich auf den Nachweis stellen ungebührlich betragen, 14 Tage gesperrt werden. Die bestimmte Fassung wurde fallen gelassen und durch die Worte „kann 14 Tage gesperrt werden“ ersetzt. Es wurde zugesichert, daß in Zukunft nicht generell 14 Tage gesperrt wird, sondern die Sperre soll aus 3 bis 4 Tagen erledigt sein. Bei allen derartigen Sperrungen ist der Nachweis auf Anfrage verpflichtet, den Organisationsvertretern die Gründe, die zur Sperre führten, mitzuteilen. Die Beamten des Nachweises sollen nochmals angewiesen werden, den Arbeitern gegenüber in korrekter und höflicher Weise den Nachweis zu handhaben. Nachregelungen aus Anlaß der Bewegung dürfen nicht stattfinden. Wenn, wie aus vorstehendem ersichtlich, auch nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt wurden, sind die Arbeiterorganisationen doch ein gutes Stück weitergekommen. Wenn die Arbeiterkraft noch besser organisiert, wird es möglich sein, eines Tages das Vorkommen des Unternehmensnachweises vollständig zu scheitern. Die Sperre der Gießereibetriebe ist hiermit aufgehoben; die Gießereiarbeiter können zurückkehren.

Hierlohn-Menden. (Christliche Ehrlichkeit.) Die bereits bekannt, steht die Menden-Arbeiterin zufolge der Differenzen bei der Firma Schmöle & Co. vor einem großen Kampf und es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Differenzen, die durch die Entlassung des Zentralratspräsidenten und Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsrates entstanden sind, nicht beigelegt werden, es zu einer allgemeinen Ausperrung kommt. Die „christlichen“ Gewerkschaftsbeamten Steinöder und Gerhard hatten die Dreifachheit in einer Versammlung am 11. September das Verhalten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Arbeiterverrat zu bezeichnen. Wie diese Herren dazu kommen, magen die Götter wissen. Die Herren mögen sich beruhigen. Sollte es zu einem Kampfe kommen, so werden die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht Streikbrecher spielen; derartige ist in einer modernen Organisation nicht Sitte, selbst wenn man auch die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Kollegen Hoffmeister und Storch, aus einer Parteiverammlung hinausgeworfen hätte, trotzdem auch Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Firma beschäftigt sind. So, man wies sogar einen Mitarbeiter aus der Versammlung, weil er Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war, und bezeichnete ihn als Schöner. Dies geschah unter der Leitung des „christlichen“ Bezirksleiters Hirtfelder aus Offen und der beiden „christlichen“ Beamten Riefel und Steinöder von Menden. Die Versammlungsteilnehmer brüllten hinter Hoffmeister und Storch, als sie das Lokal verließen, her: „Raus, raus!“ Wenn auch das Benehmen alles andere, was nicht christlich war, so stehen aus doch die Interessen der Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen sind es, die durch Streikführung eine Regelung der Arbeiter zu schäbigem. Dies magen sich die „christlichen“ Führer merken. Wenn auch die Handhabung der genannten „christlichen“ Führer nicht so bemerkenswert war, so kann und soll die Arbeiterorganisation nicht dafür büßen und verdammt werden. Auch wollen wir auf das korrekte Verhalten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Menden-Ausperrung im Jahre 1911 hin, als der Bezirksleiter und jetzige Reichstagsabgeordnete Kollege Spiegel vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in der christlichen Versammlung seinen Standpunkt betonte, wobei ihm ungetriebener Beifall von der Versammlung zufließte. Was hätte er erwartet, wie sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband im christlichen Kampfe verhält, und dann urteilen, ob Verrat geübt wird.

Königsberg (S.-A.). In den Betrieben, wo die Arbeiter sehr viel Arbeit haben, auch Verbesserungen jeder Art zu finden, gehört ungeschicklichkeit des Automobilwerk Königsberg. Nach höchstgehenden Bemühungen ist es endlich gelungen, die hiesigen Arbeiter zu erreichen. Daß das kein Zufall ist, kann bezeugt werden. Denn ja auf der Hand, und die Verbesserungen der Arbeiter gingen ja auch darüber hinaus, was wir wollen hiermit feststellen, daß die Bewegung auch nicht als abgeschlossene gilt, sondern da die Firma nicht an eine allgemeine Lohnanhebung gedacht hat. Daher konnte der Forderung nicht der richtige Nachdruck gegeben werden, weil die Kollegen zum großen Teil auch nicht das richtige gewerkschaftliche Bewusstsein begriffen haben. Selbstverständlich hat sich bis die Firma zunächst nicht, dem Zuge ihrer Kollegen folgend, einen Verband mit all seinen Lohnanhebenden Leuten gebildet. Daß bei der Firma auch Verbesserungen möglich sind, haben wir festgestellt, das heißt sich ein Ende. Aber es entspricht nicht der Interessen, wie die Firma ihre

Leute entläßt und auf welche Art sie ihre Arbeiter als Werkzeug behandelt. Herr Alfred Herzig, der eine Direktor, ist im Bilde. Ein Meister kommt zu einem Schlosser: „So leid es mir ist, muß ich Sie darauf aufmerksam machen, wenn Sie noch einmal mit einem Kollegen sprechen, muß ich Sie entlassen.“ Herr Herzig hat mir's der seiner Abreise direkt ins Herz gelegt, so zu handeln. Sollte er zurückkommen und erfahren, daß Sie gesprochen haben und noch nicht entlassen sind, werden Sie dann fortgeschickt und ich werde sehen, was passiert.“ Darauf wurde der Kollege entlassen. (Er war im Arbeiterausfluß und hatte bei dem Vertreten der Forderungen die Rolle der Arbeiter energisch gewahrt.) Der Meister konnte der Milderung des Direktors also „mit gutem Gewissen entgegensehen“. Daß bei dieser Gelegenheit zugleich ein „Geher“ getroffen wurde, war natürlich Zufall. Einen Meister, der eine solche Rolle spielen muß, beneiden wir jedoch nicht. Und dann die Angeber, die über die Handlungen eines jeden wachen, auch über die der Meister. Aus vorstehendem können die Kollegen sehen, wozu sie geraten würden, wenn sie in dieser Musterwerkstatt arbeiten wollten, und wir warten jeden, unser Städtchen aufzusuchen, ehe andere Verhältnisse im hiesigen Automobilwerk platzgegriffen haben.

Stuttgart und Umg. Bei der Firma Behr, Kühlerfabrik in Feuerbach, haben die Arbeiter infolge Differenzen die Arbeit eingestellt. Bericht folgt.

Wiesbaden. Der Streik bei der Firma Koffel, Schwa r z & Co. ist jetzt nach siebenwöchiger Dauer erledigt worden. Durch Eingreifen des Gewerkschaftsvorsitzenden von Dieblich a. N. wurde eine Vereinbarung erzielt, die folgende Verbesserungen für die Kollegen bringt: die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden verkürzt, gegen 9 1/2 früher. Da auch die Wesperrpause wegfällt, so ist jetzt die Arbeitszeit um eine halbe Stunde früher beendet. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit tritt eine 10prozentige Lohnerhöhung in Kraft. Eine weitere Lohnerhöhung von 2 % für sämtliche Beschäftigte tritt am 1. April 1913 ein. Sämtliche Streikende und Genossenschaft werden wieder eingestellt. Für Ueberstunden werden 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die verlangten Mittelmäßigkeiten wurden abgelehnt, weil, wie der Inhaber der Firma vor Gericht erklärte, er dies nicht bewilligen dürfe, da sonst ein Wechsel über 5000 M. sofort vom Arbeitgeberverband einzugehen würde. Daß das Terrorismus ist, werden die Herren natürlich trotzdem nicht zugeben.

Nadelarbeiter.

Chemnitz. Die am niedrigsten entlohnte Arbeiterkategorie unter den Metallarbeitern ist unstreitig die der Nadelmacher, was seinen Grund darin hat, daß in diesem Beruf immer mehr jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Hinzu kommt, daß die gewerkschaftliche Organisation in dieser Branche schwerer Eingang findet. Am besten entlohnt sind noch die Hartmacher, weil für diese Tätigkeit etwas höhere und intelligentere Arbeiter nötig sind. In der Nadelfabrik von Ernst Bedert haben aber auch die Hartmacher schwer zu leiden, denn von Herrn Ullig werden die Nadeln dort ungünstig ausgegeben, daß die Hartmacher mit Recht sagen, sie werden schikaniert. Führen die Arbeiter Beschwerde, bekommen sie zur Antwort: „Ihr verdient ja immer noch eure 70 M.“ In Wirklichkeit sind es nur vier bis fünf Hartmacher, die diesen Lohn in Erford verdienen; für gewöhnlich erzielen die Hartmacher nur einen Lohn in Höhe von 50 bis 60 M. in zwei Wochen. Beschwerden sind zwecklos; im Gegenteil, die Schikantierung wird noch größer. Hat Herr Ullig doch selbst erklärt: „Und wenn ihr zur Betriebsleitung geht, ich mache doch, was ich will.“ Würde Vorarbeiter Ullig die Nadeln so austeilen, wie früher unter der Leitung des Meisters Schrödel, so würde die Unzufriedenheit der Arbeiter behoben sein. Jedem seiner ganzen Werkzeuge kann nur sein, ein paar Hartmacher auf seine Seite zu bekommen, aber, was der Hauptgrund zu sein scheint, Unmöglichkeit unter diese zu bringen, jedoch wird ihm Leichter nicht gelingen. Der Vorarbeiter Fühner hat sogar eine Arbeiterin, die nicht zu seiner Zufriedenheit arbeitete, mit Schlägen traktiert. Ausdrücke wie: „Ihr verfluchten, faulen Luders“ sind bei ihm keine Seltenheit und es tut ihm dringens not, Kräftiges Buch über den Umgang mit Menschen zu lesen. Den Nadelmachern, wie den Nadelmaacherinnen kann aber nur geholfen werden, wenn sie sich ihrer Gewerkschaft — dem Deutschen Metallarbeiter-Verband — anschließen. Die Arbeit in den Nadelfabriken, hauptsächlich die der Hartmacher, ist eine derart intensive, daß die Kräfte nach 15 bis 20 Jahren aufgebraucht sind. Es wäre daher ein Lohn von 70 und mehr Mark in zwei Wochen sicher gerecht. Es sollte dieserhalb jeder in den Nadelfabriken Beschäftigte eintreten für besseren Lohn, für anständige Behandlung, was aber nur möglich ist, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Gesamtheit organisiert sind, weil sie als einzelne der Willkür der Unternehmer und der Unternehmerhelflinge preisgegeben sind.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Maschinen. Die Maschinen der Fischdampfer von Bremerhaven, Cuxemünde und Nordenham befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Maschinen der Fischdampfer fordern eine gerechte Regelung der Löhne und ihrer Dienstverhältnisse. Nach Befehl des Reedereibereins müssen Maschinenisten, die ihre Stellung bei einer Reederet aufgeben und bei einer anderen anfangen wollen, wieder zu dem niedrigeren Gehalt anfangen. Dem Maschinenist laßt sich verzeihen, nach benannten Orten Stellung auf Fischdampfern anzunehmen, auch dann nicht, wenn von den Fischdampferreedereien glänzende Angebote gemacht werden, da diese Angebote nicht von Bestand sind.

Die Unzufriedenheiten in der Holzindustrie.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat eine Wanderausstellung arrangiert, die die Unzufriedenheiten in der Holzindustrie zeigt. Vom 8. bis zum 22. September bestand diese Ausstellung sich um Ausstellungsgebäude der königlichen Gemaldefabrik für Gewerbe und Handel in Stuttgart. Wir können nur sagen, daß diese Ausstellung sehr schenswert ist, auch für unsere Verbandskollegen. Zunächst fallen einem die vielen verdammtelten Sände und Arme an, von denen Photographien ausgestellt sind. Aber auch die vielen Gläser mit Staubproben von den vertriebenen Holzarten sprechen für den Sachstand eine deutliche Sprache. Ferner sind noch heranzuziehen die Bilder von den verschiedensten Schmutzverrichtungen und ihrer Wirksamkeit, desgleichen alte und neue Messerwägen, Häuer und sonstige Werkzeuge und mehrere Tische mit Holzgeräten, deren Anfertigung sehr mit großer Gefahr verbunden ist, die durch geeignete Schutzvorrichtungen jedoch vermieden werden kann. Da die Ausstellung auch in vielen anderen Städten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, magen wir hiermit auf sie aufmerksam.

Zentralblätter und Paktarbeiterlehre.

In der zentralistischen Deutscher Tremonia laßen wir in der Nr. 25 vom 5. September eine als „Drohbericht“ bezeichnete Rede über die Konferenz der internationalen Vereinigungen für geschäftlichen Arbeiterausfluß, worin es unter anderem auch hieß: „Als wichtiger Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Einigung des Normalarbeitslages in den verschiedenen Ländern behandelt werden. Deutschland ist in dieser Frage bereits allen übrigen Staaten voraus, denn es ist das einzige Land, in dem für die Großindustrie eine zehnständige Arbeitszeit eingeführt ist.“ Die Forderungen werden große Fragen werden, wenn sie diese zentralistische Richtung erfahren. Nichtsdestotrotz der Verfasser

der Holz zu „höflichem“ Ruhm und mit erstaunlicher Phantasie aus der Reihenfolge der Teilnehmer die Bestimmung der Teilnehmerliste die Rechte der Fabrikinspektoren neben anderen. Man sieht, daß die Tagung der christlichen Generalversammlung der Duisburger Metallarbeiter in Dortmund bei der Tremonia wenig Nutzen für eine bessere Kenntnis der Lage der Gültigen- und Holzarbeiter beibringt hat. Vielleicht nimmt sich der Deutsche Metallarbeiter seine Dortmund zentralistische Freundin nun einmal vor.

„Christliche Erfolge.“

Daß die lieben Christlichen sich gern mit fremden Federn schmücken, ist ja allgemein bekannt, daß sie bei Bewegungen, bei denen sie auch nur mit einem Mitglied in Frage kommen, sich die Erfolge zuschreiben, dürften unsere Kollegen auch schon in einer ganzen Reihe von Fällen erlebt haben. Daß aber die Christlichen sich Erfolge zuschreiben, bei denen sie überhaupt nicht vertreten waren, dürfte wohl die neueste Rekordleistung der Führer des Zentrums-Metallarbeiterverbandes sein. Doch lassen wir die Christlichen selber reden. In der Nr. 217 der Neuwieder Zeitung vom 14. September 1912 finden wir unter der Rubrik „Bemerkte Nachrichten“ folgende Notiz:

Wissen a. d. Sieg, 13. September. Von dem christlichen Metallarbeiterverband werden wir um Ueberdruck nachstehenden Artikels ersucht: „Werde im Lande und nähre dich rechtlich.“ Die Wahrheit dieses alten Sprichworts mußten auch die Metallarbeiter erfahren, die vor längerer Zeit vom Rasselstein (Neuwied) nach hier, auf ein ähnliches Angebot hin, verzogen und in Arbeit getreten sind. Die Arbeiter haben sich durch auf ein hohe lautende Verträge gebunden. Nachdem sie einige Monate zu den Vertragsbedingungen gearbeitet, werden jetzt die Lohnverhältnisse von der Betriebsleitung (von der Typen) verschlechtert. Nach einem Anschlag der Firma soll nicht wie bisher in Lohn, sondern in Ueberdruck gearbeitet werden. Die Ueberdrucke sind aber so gestellt, daß die Arbeiter trotz angelegter Tätigkeit nicht auf einen annehmbaren Verdienst rechnen können. Es kam zur Arbeitsüberzeugung, weil, wie aus obigem ersichtlich, die Vertragsbedingungen von Seiten der Firma nicht eingehalten waren. Daraufhin sah sich die Firma veranlaßt, den Anschlag zurückzuziehen und ist der Friede vorläufig wieder hergestellt. Wegen solcher Vorformeln wird auf die Dauer nur die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter die beste Hilfe sein. In diesem Falle war es der christliche Metallarbeiterverband, der die Sache der Arbeiter energisch vertrat.“

Wie schon der letzte Satz klingt. Auffallen muß es aber, daß die Christlichen so spät über die Sache berichten. Die Arbeitsüberzeugung fand nämlich schon am 12. August statt, ebenso die Verhandlung der Bewegung. Die Christlichen haben jedenfalls angenommen, nach vier Wochen könne man den Schwindel leichter anbringen. Es ist nämlich bei der Bewegung von der angeführten energischen Vertretung der Arbeiter von den Christlichen beim besten Willen nichts zu entdeden gewesen. In den beiden Versammlungen, die sich mit der Lohnbewegung befaßten und die am Montag dem 12. August stattfanden, war in der Mittagsversammlung ein Vertreter unserer Organisation und in der Abendversammlung ein Vertreter unserer Organisation und des Reichs-Deutsches Gewerkschaftsbundes anwesend. Von den Christlichen war niemand vorhanden, der die Interessen der Arbeiter energisch vertreten konnte. Wir können aus diesem Beispiel aber wieder erkennen, wie die Christlichen „Erfolge“ zusammen-schreiben, und wissen ja nun auch, wie wir die angeführten „Erfolge“ der Christlichen einzuschätzen haben.

Die noble Firma Krupp.

Ein Modellschweiner, der bei der Firma Krupp auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen beschäftigt war, erhielt zwei Monate nach seiner Entlassung am 28. August nach seinem jetzigen Wohnort in Hilden bei Düsseldorf das nachstehende Schreiben von der Firma ausgehend:

„Auf Ihre Postkarte vom 13. v. M. erwidern wir, daß wir Ihnen rückständigen Lohn aus der Lohnperiode 1.—15. 6. 1912 im Betrage von 6,10 M., sowie die für evtl. Wohnungsschäden entbehaltenen 5,00 M. oder insgesamt 11,10 M. für Miete pro Monat Juni 1912 berechnen haben. Bei Ihrer am 5. Juni er. erfolgten Entlassung wurde veranschlagt die Miete für Monat Juni 1912, während welcher Zeit Sie die Wohnung noch innehaben, nicht eingekalkuliert. Da die Miete für den Monat 11,26 M. betrug, bleiben noch 0,16 M. ungedeckt. Dieser Betrag erhöht sich für eine zu ersetzende Scheibe und einen Schlüssel um 1,05 M. Zur Vermeidung von Weiterungen bitten wir, uns den Betrag von 1,21 M. baldigst einzuliefern.“

Krupp, Aktiengesellschaft. Friedrich-Alfred-Hütte. (Name unleserlich.)

Die Metallfirma Krupp hindert also ihr Millionenvermögen nicht, einen Arbeiter nach zwei Monaten wegen — 16 % rückständiger Miete zu mahnen. Sie zu ersetzende Fensterhebe sprang bei einer Explosion entzwei, ist also nicht einmal ersatzpflichtig. Ein nobles Verfahren, das Geld einzubringen, das die glänzenden Feste gekostet haben.

Noch gegen Wiefenthal.

Die Verurteilung des Kollegen Koch (Hamburg) gegen Wiefenthal wurde am 10. September vor der Verurteilung Instanz (Strafkammer) in Hamburg verhandelt. Die Strafkammer hob das Urteil vom 6. März dieses Jahres auf und verurteilte W. zu 30 M. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft. Wegen des Artikels „Der Anwalt des Pumpenproletariats“ in Nr. 7 des Deutschen Metallarbeiter von 1911 wurde W. freigesprochen, trotzdem das Gericht in seiner Begründung ausführte, daß die Protokollführung nicht erwiehert sei. Es erübrigt sich, heute auf die ganze Angelegenheit des nähere einzugehen, da gegen das uns verständliche Urteil sofort die Revision angemeldet wurde, die Aktion Koch contra Wiefenthal ist also noch nicht erledigt. Wiefenthal schreibt allerdings in seiner Nr. 87 ganz grob-spurige: „Domit ist die Aktion Koch gegen Wiefenthal erledigt.“

Kurz wollen wir noch das Auftreten des Herrn Wiefenthal skizzieren. Um seiner Verteilung eine Unterlage zu geben, griff er zu den „alten Kamellen“ und von ihm belästigt Schläger jurist.; Schläger, Reichel und Majarsch hätten sich vom Landgericht Oberfeld sagen lassen müssen, sie wären Verbrecher an der Arbeiterbewegung. Wir glauben auch kaum, unseren Augen trauen zu dürfen, als wir den so seltsamen und lächerlichen Reden der Berliner — Kollegen in einer fast wuselnden Art und Weise dem Gericht vordemonstrieren hören, daß er allerdings in seinen jungen Jahren Anarchist gewesen, später aber zur Sozialdemokratie überging und heute nur noch einer demokratischen Organisation angehört.

Der Vertreter des Kollegen Koch, Herr Dr. Herz, führte aus, daß die Auslegung des § 193 doch nicht soweit gehen könne, daß darunter verstanden werden könne, gegen einen andern dürften die gemeinteten Beschimpfungen und Verdächtigungen ausgesprochen werden. Jungs war Herr Wiefenthal bereit, Rechtsanwalt Herz dem Gericht als Sozialdemokraten zu benutzten, indem er ausführte, daß, wenn Herz die Redaktion des Hamburger Echo und die Schriftleitung zu verteidigen hätte, er dem § 193 eine andere Interpretation geben würde.

Kollege Koch führte aus, daß das Wort Streber besser für Wiefenthal angebracht wäre, als für ihn. Als Beweis könne dienen, daß Wiefenthal deshalb aus unserer Organisation ausgetreten und den Herrn Herz als zweiter Bevollmächtigter in Berlin zurückgelassen sei, weil es ihm nicht gelang, den ersten Bevollmächtigten Kollegen Coken um die Ecke zu bringen. Wiefenthal sei es gerade gewesen, der, solange er der Berliner Ortsverwaltung angehört, den Grundhieb vertrat: Wer sind den Anordnungen der Ortsverwaltung nicht folgt, der Kiegi, oder: den drücken wir auf kaltem Wege weg.“ Der Wiefenthal jag es vor, auf diese Ausführungen nicht zu antworten.

Wir sehen einer weiteren Verhandlung ruhig entgegen und es wird sich zeigen, ob Herr Wiefenthal nicht zu früh jubiliert hat, indem er meinte, die Aktion Koch gegen Wiefenthal sei erledigt. A.

Streikbrecher-Blattaten.

Noch ist in Düsseldorf in aller Erinnerung das traurige Verbrechen, das im vorigen Jahre anlässlich des Streiks bei De Fries & Cie. ein ruhig sitzendes Mitglied der Arbeiterbewegung...

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der jugendliche Streikbrecher und Mörder sich den Revolver im Verwahrsein seiner Streikbrecher-Vorgesetzten...

Ein anderer Fall hat sich in Burg bei Magdeburg ereignet. Dort wurde in der Holzwarenfabrik von H. G. Wolf seit einigen Wochen gestreikt...

Diese Karte wissen alle ganz genau, daß sie besonderen gesetzlichen und behördlichen Schutz genießen, und machen sich infolgedessen auch gar kein Gewissen daraus...

Vom Ausland.

Österreich.

In Gzer (Böhmen) sind die Arbeiter der Premier-Fahradwerke wegen fortgesetzter Misshandlungen in den Streik getreten.

Finnland.

Der Streik der Elektricitätsarbeiter dauert fort. Leider sind deutsche Streikbrecher aus verschiedenen Betrieben der A. G. O. und von Siemens-Schuckert angekommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Lohnpolitik der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften. Die amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften treten seit Jahreszeiten für Lohnsätze und die Abschaffung der tabulierten Festsetzung der Löhne ein.

Der Farmerverband war die erste amerikanische Gewerkschaft, die Lohnsätze durchsetzte; doch hatten sie nur für die Eisenindustrie. Jeder Betrieb hat wohl eine bestimmte Stop List für die dort erzielbaren Waren...

Innerhalb jedes Bezirks gewahrt bleibt. Vordem wollte der Verband eine „nationale Preisliste“ — einen „Metalltarif“ — durchsetzen, doch war der Widerstand der Unternehmer gegen diese Forderung zu stark.

Die vollständige Abschaffung der Stillarbeit verlangen die Verbände der Maschinenbauer (International Association of Machinists), Messerschmiede, Großschmiede, sowie einige kleine Gewerkschaften...

Das Prämien-System stößt auf die entschiedene Gegnerschaft aller Metallarbeitergewerkschaften. Der im Jahre 1905 abgehaltene Verbandstag der Maschinenbauer nahm eine Resolution an, die jedem Mitglied bei Strafe des Ausschlusses verbot...

Wenn ein Lohnsatz für verschiedene in einem Verband vereinigte Bezirke gilt, so ist vielfach für jeden Bezirk ein ungleich hoher Mindestlohn vorgegeben; in Einzelbetrieben wird für Schweißer, Kesselformer, Herdformer u. s. w. das ist jedoch nicht immer der Fall...

Allen oder teilweise untauglichen Arbeitern wird in den Tarifsen ganz selten zugestanden, einen geringeren Lohn anzunehmen, wenn sie es tun, so wird aber fast niemals dagegen Einwand erhoben.

Die Festsetzung einer Tageslohnsumme, die erforderlich sein soll, um den Arbeiter zum zureichenden Lohn zu berechtigen, kommt in den Lohnverträgen der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften nicht vor.

Bei Erneuerung von Lohnverträgen ist es die Regel, nicht nur das Lohnminimum zu ändern, sondern es werden alle Löhne um einen bestimmten Betrag oder Prozentsatz erhöht — oder reduziert.

Die Statistik der Lohnsätze der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften ist nicht vorhanden. Der Abschluß der Verträge fällt in die Kompetenz der Ortsgruppen (abgesehen von der Denagiererei), die Ortsgruppen sind nicht verpflichtet, die Verträge den Zentralvorständen vorzulegen.

Literarisches.

Als Heft 30 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschien Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Jabel. Mit dem vorliegenden Heft nimmt die Arb.-Ges.-Bibl. eine ihrer vornehmsten Aufgaben in Angriff...

Mit dem die ganze Serie einleitenden zweiten starken Heft über die Berufswahl, einer zusammenfassenden Behandlung ihrer großen gesundheitlichen Bedeutung, hofft der Verfasser, vielen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und deren Beratern innerhalb und außerhalb der Familie einen nützlichen Ratgeber an die Hand zu geben.

Deute ist das leider noch nicht der Fall, und daher müssen die bestehenden Arbeiterorganisationen, die Jugendorganisationen, die Krankenvereine und die Gewerkschaften, die ein so dringendes Interesse an der Vermeidung einer gesundheitlich falschen Berufswahl und eines häufigen Berufswechsels, an der Verhütung der Gewerbekrankheiten und vorzeitiger Berufsunfähigkeit haben, diese Rolle übernehmen...

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag 1912.

(Fortsetzung von Seite 311.)

Es folgte darauf der 3. Punkt: Bericht der Reorganisationskommission, den Genosse Müller vom Parteivorstand erstattete. Dieser Punkt hat vor dem Parteitag sehr viel Staub aufgewirbelt. Der Senar Parteitag sollte bekanntlich eine Kommission ein mit dem Auftrage, in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes zu beraten...

„Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird, und er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen...

Zur Verhandlung gelangten dann: Die Reichstagswahlwahlen. Der Mejerent Scheidemann behandelte nach einer allgemeinen Betrachtung der Erfolge bei der Reichstagswahl hauptsächlich das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei, wegen dessen der Parteivorstand beständig angegriffen worden ist.

In einem inhaltsreichen Vortrage behandelte dann Gue den Bergarbeiterstreik. Die Häufung der Massenkatastrophen erfordere eine reichsweite Regelung des Bergarbeiterstreiks. Beim Kaiserbesuch auf der Zeche Kattlingen habe man diese als Musterbetrieb hingestellt, den Kaiser also über das Unglück auf ihr fahrlässig berichtet.

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist.

- 1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Überzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist.
2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt.
3. Verhütung der über die Erhaltung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schwereren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht.
4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln befolgt.
5. Vereinfachung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallsopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften.

